

Volkstimme

Einzelpreis 25 Pf.

Sozialdemokratisches Organ für den Regierungsbezirk Magdeburg.

Die „Volkstimme“ erscheint täglich abends (mit Ausnahme der Sonn- und Festtage) mit dem Datum des folgenden Tages. — Verantwortlicher Redakteur: Emil Müller, Magdeburg. — Verantwortlich für Inserate: Wilhelm Siedow, Magdeburg. — Druck und Verlag von W. Siedow & Co., Magdeburg, Große Mühlstraße 2. — Fernsprecher: 1111. — Für Inserate 1917, für die Redaktion 1918, für den Verlag u. die Druckerei des. Volkstimme-Verlags 1. Nachtrag, Seite 17.

Abonnementpreis: Vierteljährlich einschließlich Postgebühr 12.00 Mk., monatlich 4.00 Mk. Beim Abbestellen vom Verlag und den Ausgabestellen vierteljährlich 11.50 Mk., monatlich 3.85 Mk. Bei den Postanstalten vierteljährlich 12.00 Mk., monatlich 4.00 Mk. ohne Postgebühr. Einzelne Nummern 25 Pf. — Anzeigengebühren: Die gewöhnliche Anzeigengebühr 1.00 Mk., im Vorauszahlung 1.50 Mk., bei Anzeigen von 1.000 Zeilen 1.00 Mk. — Anzeigen-Abgabe geht verloren, wenn nicht binnen 4 Wochen Zahlung erfolgt. — Verlagsort: Nr. 5555 Berlin.

Nr. 137.

Magdeburg, Dienstag den 15. Juni 1920.

31. Jahrgang.

Marneeschlachten.

Die Marneeschlachten sind die militärischen Marksteine des Weltkriegs. Im September 1914 verspielte Deutschland an der Marne den Sieg. An der Marne ging 1918 der Krieg verloren.

Politische Wendepunkte auf dem Wege zum Untergang des kaiserlichen Deutschlands waren das Ausbleiben eines rechtzeitigen Friedensangebots, das den Machtverhältnissen nach dem Verlust der ersten Marneeschlacht und der Periode der Stellungskämpfe entsprach, und der Entschluß zum U-Boot-Krieg.

Das Urteil der Geschichte über die deutschen Staatsmänner und Generale wird bei aller Anerkennung der militärischen Einzelerfolge vernichtend sein. Sie haben die deutschen Staatsmänner das Ziel des Krieges so gesteckt, wie es dem Kräfteverhältnis entsprach. Die deutschen Generale haben in den entscheidenden Perioden Schlachten geschlagen, wo sie nicht schlagen durften, und Ziele erreichen wollen, die sie mit den vorhandenen Kräften nicht erreichen konnten. Wir haben es schonend erlitten in den zwei Marneeschlachten.

Krieg und Revolution sind Bruder und Schwester; beide sind gewalttätige Mittel, um politische Ziele zu erreichen. Nun ist die Revolution im Begriff, den gleichen Weg bis zum bitteren Ende zu gehen, wie ihr großer Bruder, der Weltkrieg.

Wie im Sommer 1914 die deutschen Heere unaufhaltsam durch Belgien und Nordfrankreich stürmten, so warf die Revolution im Herbst 1918 alles vor sich nieder. Wie die Franzosen vor der grauen, so wick die Bourgeoisie vor der roten Flut zurück. Sie gab große Strecken ihrer Herrschaft preis, aber sie war nicht vernichtet, sowenig wie 1914 die französischen Heere. Die

Nationalversammlung war die Marnelinie, hinter der sie sich wieder sammelte.

Für das freie Wahlrecht, für die Gleichberechtigung der Frauen, für den Achtstundentag, gegen den Militarismus, für den Frieden, für die Republik, Erwerbslosenfürsorge, kurz, für die Demokratie, volle politische Freiheit, gegen politische Vorrechte und für wirtschaftliche Erleichterungen und Sicherungen als Gegenwartsforderungen hatte die Arbeiterklasse seit Jahrzehnten gekämpft. Die Bourgeoisie und die Junker gaben alle politischen Vorrechte preis. Die Nationalversammlung sollte die neuen Machtverhältnisse in einer Verfassung niederlegen. Das sollte ein Friedensvertrag sein in dem Sinne, daß die Periode der gewaltsamen Revolution abgeschlossen und auf friedlichem Wege, mit demokratischen Mitteln die alten sozialistischen Ziele weiter verfolgt werden sollten.

Die politischen Hindernisse auf dem Wege zum Sozialismus, die der alte Staat aufgetürmt hatte, waren hinweggeräumt. Der Sieg war ein leichter, vielleicht zu leichter gewesen.

Ein Teil der Arbeiterklasse ließ sich verführen, das ursprüngliche Ziel aufzugeben. Er stieß weiter vor, um dem Gegner die eigne

Gewaltherrschaft aufzuzwingen.

Die Mehrzahl der revolutionären Kämpfer lehnte es ab, für die neuen Ziele zu kämpfen. Sie wollten keine neue Gewaltherrschaft, sie wollten keinen Gewaltfrieden.

Liebnecht und Ledebour, welche Berlin als Deutschland ansahen, führten auf eigne Faust die Revolution weiter. Sie waren blind für die eigne Schwäche und die Kräfte des Gegners. Sie sahen nicht, daß das große Meer der Revolution ihnen nicht mehr folgte. Sie peitschten ihre wenigen Divisionen vorwärts zu einem Ziele, das sie nicht erreichen konnten. Sie kamen nur bis zur Marne der Revolution, wo die Bourgeoisie zur Gegenwehr versammelt war. Dort wurden sie geschlagen, wie 1914 Politz.

Politz wollte 1914 an der Marne das französische Heer mit ungenügenden Kräften vernichten. Da war sich Hoffe in heller Verzweiflung ihm entgegen. Aus Paris schickte Gallieni in rasch requirierten Automobilen den letzten Mann in die Schlacht. Das in Verteidigung seiner Heimat tausendfach seine Kräfte verstärkende französische Heer schlug die zu weit vorgehenden deutschen Armeen so aufs Haupt, daß ihnen der Sieg auf immer entrißen wurde.

So ging es den deutschen revolutionären Scharen unter Ledebour und Liebnecht. Als sie

die Linie der Demokratie überschreiten wollten und die Hand an die Gurgel der Nationalversammlung legten, da häumte sich verzweifelt der Gegner auf. Ledebour und Liebnecht wurden geschlagen. Der 5. Januar wurde zur ersten Marneeschlacht und zum Wendepunkte der Revolution.

Das Selbstbewußtsein des Gegners war gestärkt, die Revolution wurde in die Verteidigung gedrängt. Die Stellungskämpfe begannen.

Für den Abschluß eines Verständigungsfriedens war die Zeit gekommen. Aber immer wieder wurde versucht, aus der einzig möglichen und aussichtsreichen Verteidigung in die Offensive überzugehen. Hundert kleine Schlachten wurden bald hier, bald da geschlagen — wie im Weltkrieg war es nur eine Vergeudung von Kraft, die nur dem Gegner zugute kam. Die bayerische Räterepublik war das Verdun der Revolution, dort hat sich ihre Kraft in nutzlosem Ansturm erschöpft und ausgeblutet.

Der Gegner fühlte seine Kräfte wachsen und schritt zum Gegenangriff. Die Sommerkämpfe der Friedensunterzeichnung, des Baltikumabenteuers, des Hindenburg- und Arco-Mummels wurden geschlagen. In der Verteidigung erwies sich das Proletariat aber immer stark genug, um einen guten Frieden zu erzwingen.

Dann kam die Generaloffensive des Rapp-Butschs,

die eingeleitet wurde durch das wochenlange Trommelfeuer des Erzberger-Prozesses. Die Offensive mißlang, aber sie zeigte, wie stark die Reaktion geworden war.

Nach dem Rapp-Butsch bekam die Front der Revolution noch einmal innern Auftrieb. Noch einmal bot sich eine günstige Gelegenheit, einen annehmbaren Frieden zu schaffen, der das bisher Erreichte sicherte. Die Nur-Revolutionäre wollten davon nichts wissen.

Immer wildere und phantastischere Ziele wurden propagiert. Die zum Verständigen drängten, wurden, wie im Krieg, als Miesmacher und Verräter beschimpft.

Die banterotten „Sieger“.

Auf Müllers Koalitionsangebot antwortete der unabhängige Führer Crispian mit einem

Faustschlag auf den Verhandlungstisch, und mit Siegerpose verlangte er die Vorherrschaft seiner Partei. So blieb Müller nichts übrig, als dem Reichspräsidenten seinen Auftrag zurückzugeben.

Reichspräsident Ebert mußte sich nunmehr an den andern „Sieger“, den

Führer der Deutschen Volkspartei, Dr. Heinze, wenden und ihn bitten, die Regierungsbildung zu versuchen.

Dr. Heinze nahm den Auftrag an und bat zuerst die Vertreter der Sozialdemokraten Hermann Müller und Paul Löbe zu sich. Auf die Frage Dr. Heinzes nach der Stellung der Sozialdemokratischen Partei gab Genosse Löbe ihm Kenntnis von folgendem, einstimmig von der Reichstagsfraktion und dem Parteiausschuß in gemeinsamer Sitzung gefaßten

Beschluß der Sozialdemokraten:

1. Jede Beteiligung an einer nach rechts orientierten Koalition ist abzulehnen.
2. Die Bildung eines Kabinetts nur aus den Parteien der Linken ist wegen der ablehnenden Haltung der Unabhängigen unmöglich.
3. Die Fortsetzung der bisher betriebenen Koalitionspolitik mit Zentrum und Demokraten wird als unmöglich ebenfalls abgelehnt.

Abg. Löbe fügte hinzu, daß es seiner Partei aus außen- und innenpolitischen Gründen nicht möglich sei, an ein gezieltes Zusammenarbeiten mit der Deutschen Volkspartei zu glauben, wobei ausdrücklich hervorgehoben wurde, daß irgendwelche Bestimmungen aus dem Wahlkampf in keiner Weise mitzureden dürften oder mitzureden.

Daraufhin hat Abg. Dr. Heinze den Auftrag zur Kabinettsbildung in die Hände des Reichspräsidenten zurückgelegt.

Was wir bereits am Montag nach der Wahl ausgesprochen, ist vom Verlauf der Dinge bestätigt worden: das deutsche Volk hat einen regierungsunfähigen Reichstag ge-

wählt. Rechts und Links haben einen Topf zer schlagen, ohne für einen neuen sorgen zu können. —

Je stärker der Gegner wurde, um so geringer wurde er eingeschätzt, immer überheblicher wurden die Generale und Offiziere der Revolution, immer mehr suchten sie die Stimmen der vernünftigen Politiker zu überschreien.

Wie im Kriege die Alldeutschen, so wollen auch jetzt die Unabhängigen und Kommunisten Ebert und Scheidemann auf den Sandhaufen stellen, weil sie warnen und dem Schlachten und Kämpfen ein Ende machen wollen, bevor es zu spät ist. „Siegfrieden!“ brüllten die Tirpitz, Ludendorff, Rebenikow und Schäfer noch kurz vor dem Zusammenbruch und heulten, wenn die Sozialdemokraten vom Verständigen, vom Abschluß des Krieges sprachen. „Diktatur!“ brüllten heute die Geier, Roenen, Dittmann, Crispian und Devi und häufen Schimpf und Schande über die, welche sagen, daß auch die demokratische Republik einen Abschluß der gewalttätigen Revolution wert sei.

Die Unabhängigen werden zur Vaterlandspartei der Revolution.

Die Kommunisten spielen den Ausschuß zur raschen Niederbringung Englands. Ihr U-Boot-Krieg ist die Diktatur des Proletariats. Leipzig wurde das Mekka der Revolution.

Die Wahlen vom 6. Juni sind die Antwort auf den Leipziger Beschluß. Wie der U-Boot-Krieg verberlich war für den Krieg, so wird die Diktatur des Proletariats verberlich für die Revolution sein. Ignoranten waren es, die den U-Boot-Krieg propagierten und Ignoranten sind es, die heute die Köpfe der Arbeiter mit den Pfaffen von der Diktatur und dem Verrat der Demokratie verwirren. Die Wahlen vom 6. Juni können auf die Revolution wirken, wie die Kriegserklärung Amerikas auf den Krieg. Millionen neuer Streiter hat die Reaktion gewonnen — die Revolution hat Millionen verloren.

Wie unsre Alldeutschen verschließen sich die Unabhängigen jeder Erkenntnis der wirklichen Kräfteverteilung. Sie reißen das Maul auf und glauben die ganze Welt fürchte sich vor ihnen. Durch lautes Schreien und ein zur Schau getragenes Kräftegefühl und Siegesbewußtsein wollen sie den Gegner einschüchtern. Sie rüsten zum Angriff, wo alle Kräfte zur Abwehr zusammengefaßt werden müßten. Sie erweitern ihre Forderungen, während es kaum mehr möglich ist, den Verständigungsfrieden der Koalition zu schließen. Sie schwärmen von Sieg, während die Niederlage gerade noch vermeidbar ist. Sie wollen für sich die Diktatur, während die Demokratie schon in Gefahr schwebt. Sie heulen und toben über Verrat, wenn Einsichtige warnen. Kurz, sie gebärden sich wie unsre Kriegsbeher während des Krieges.

Crispian schlägt mit der Faust auf den Tisch als Antwort auf Müllers Koalitionsangebot, wie weiland General Hoffmann in Brest-Litowsk.

Die Unabhängigen wollen den blutigen Kampf weiterführen. Sie wollen auf der Straße noch einmal zu erkämpfen suchen, was sie bisher nicht erreichen konnten und nie erreichen werden. Die unabhängigen Blätter sprechen offen vom kommenden Bürgerkrieg und begrüßen die nahende Entscheidung.

Das ist ein Verbrechen, wie die letzten von den Alldeutschen so heiß begrüßten Offensiven Ludendorffs ein Verbrechen waren. Die unabhängigen Führer täuschen ihre Anhänger bewußt über die Aussichten eines nochmaligen Buffengangs. Die Niederlage ist, selbst nach anfänglichen Erfolgen, unausbleiblich. Hilferding und Radef haben erst vor kurzem noch gewarnt.

Politischer Wahnsinn ist es, zu glauben, daß es heute noch möglich wäre, das Bürgertum im Straßenkampf niederzuringen. Die Reaktion lechzt nach diesen Kämpfen, weil sie ihres Sieges sicher ist.

Wahnsinn ist es, zu glauben, die 5½ Millionen unabhängiger und kommunistischer Wähler könnten die 14½ Millionen bürgerlicher Wähler mit dem U-Boot-Krieg der Diktatur besiegen.

Die unabhängigen Führer täuschen sich aber auch, wie damals die Gott-straßen-England-Politiker, wenn sie glauben, die 5½ Millionen ihrer Wähler wären restlos bereit, für den Wahn der Diktatur sich aufzuopfern. Sie haben sie gewählt als Politiker, die etwas mehr als die Sozialdemokraten herauschlagen wollen. Krieg und Revolution, Schlachten und Bürgerkrieg haben auch diese Wähler satt — das beweisen die gerinigen Stimmen der Kommunisten

Crispian ist auf dem Wege, der Ludendorff der Revolution zu werden. Er sammelt seine kriegsmüden Truppen nicht zur Verteidigung, sondern zum Angriff.

Was Crispian tut, ist Wahnsinn. Die Reaktion steht auf dem Sprung, um die Revolution zu erdrücken. Die Demokratie ist in höchster Gefahr. Der Gegner ist glänzend bewaffnet, Stinnes kauft Zeitung um Zeitung und macht sie zu reaktionären Kanak der öffentlichen Meinung. Der Gegner verfügt über Geld in unerschöpflicher Fülle, er ist an wirtschaftlicher Kraft weit überlegen. Er beherrscht die Quellen, aus denen die Lebensmittel fließen. Er hat das Beamtenheer fast ganz noch für sich, Kirche und Schule bilden immer neue Rekruten für ihn aus — und diese furchtbar gerüsteten Gegner, dessen wir uns nur noch in der Verteidigung erwehren können, den will Crispian mit seinem unbewaffneten, ausgehungerten, zahlenmäßig weit unterlegenen, innerlich zerrissenen, gespaltenen und kriegsmüden Heere, das von reaktionären Spitzeln durchkreuzt ist, nicht abwehren, sondern angreifen, nicht nur schlagen, sondern vernichten. Nicht einen Frieden will er schließen, sondern den Feind beherrschen und dauernd unterjochen. Wahrlich, nur Wahnsinn, nur ein Spielhahn gleich dem von Ludendorff kann jetzt an vollen Sieg und Offenbar denken. Was Crispian will, das ist die zweite Marne-Schlacht. Crispian will auch nicht den Sieg des Proletariats, er will den Sieg seiner Partei, wie die Alldeutschen nicht den Sieg des deutschen Volkes, sondern den Sieg des militaristischen Klüngels wollten.

Das Ende wäre die Niederlage der Revolution, der böllige Sieg der Reaktion. Sie würde die Revolution abschließen mit einer Verfassung, die dem Frieden von Versailles gleicht. Die Bourgeoisie wird die Rolle der Entente spielen und die Arbeiterschaft wird Deutschland sein.

Crispian ist gewarnt, ebenso wie Ludendorff gewarnt war. Will Crispian trotz allem die zweite Marne-Schlacht wagen, so mag ihm versichert sein, daß er zuerst den

Widerstand der Sozialdemokraten

zu überwinden hat. Die 5 Millionen sozialdemokratischer Wähler werden nicht die Gräben verlassen, in denen sie seit dem 5. Januar mit Zähnen und Klauen die Demokratie und die Revolution verteidigen. Die sozialdemokratischen Arbeiter sind keine durch Blutgesetze zusammengehaltenen, in Kadavergehorsam gedrückten Divisionen, die willenlos die Befehle eines Ludendorff-Crispian ausführen. Sie werden sich nicht hinreißen lassen, der Diktatur der Unabhängigen und Kommunisten zuliebe alles auf die Karte der Gewalt zu setzen und den blutigen Weg zum Abgrund zu beschreiten. Sie haben keine Lust, nach der Niederlage und nach dem Friedensdiktat der Reaktion sehnüchelig und demütig nach einem Spa zu blicken. Sie fühlen sich stark genug, zu verhindern, daß Deutschland zu einem Ungarn gemacht wird, weder durch Crispian noch durch Helfferich.

Die Parteikonferenz.

Die Entscheidung der Sozialdemokratischen Partei ist mit erfreulicher Einstimmigkeit getroffen worden. Die Einstimmigkeit, mit welcher der Beschluß gefaßt wurde, nicht in eine Koalition mit der Deutschen Volkspartei einzutreten, widerlegt am besten das Gerücht unabhängiger Zeitungen von einer starken Strömung innerhalb der Partei, die für eine solche Koalition eintrete. Für die Unabhängigen ist hier wohl der Wunsch der Vater des Gedankens gewesen.

Wir geben von dem Verlauf der Parteikonferenz vom Sonntag den nachfolgenden Bericht, den wir allerdings einer bürgerlichen Quelle entnehmen müssen. Die sozialdemokratische Presse verfügt leider nicht über die Milliarden eines Stinnes, um sich einen eignen großen Nachrichtendienst zu schaffen. Aus dem Bericht geht u. a. auch hervor, warum die Sozialdemokraten die Wiederherstellung der alten Koalition für unmöglich halten.

Das Referat auf der Parteikonferenz hatte der Reichstanzler, Genosse Hermann Müller, übernommen. Er sprach zunächst den Ausfall der Wahlen und führte den sozialdemokratischen Mißerfolg auch auf gewisse

unpolitische Fragen

zurück, so auf die Erhöhung des Brotpreises und auf den Steuerabzug von Lohn und Gehalt. Die jahrzehntelange Arbeit der Partei, die Bevölkerung für direkte Reichssteuern zu gewinnen, habe noch nicht vollen Erfolg gehabt. Weiter habe das Verhalten der Entente, insbesondere Frankreichs, gegenüber dem deutschen Volk auch nach Friedensschluß weite Kreise des Volkes den nationalistischen Parteien in die Arme getrieben. Der Reichstanzler untersuchte dann die Frage, ob sich unter Ausschluß der Deutschen Volkspartei aus den bisherigen Koalitionsparteien eine tragfähige Mehrheit im Reichstag bilden lasse, und kam zu einer Verneinung der Frage. Er wies darauf hin, daß die oberparlamentarischen Abgeordneten immer noch durch General Secord an der Anwesenheit gehindert würden, so daß man auf deren Stimmen verzichten müsse. Ohne diese Stimmen aber verfolge die bisherige Koalition auch nicht mehr über eine schwache ziffermäßige Mehrheit.

Der Reichstanzler erwähnte weiter die Faltung der Unabhängigen, die er unsicher und schwankend nannte. Sie hätten sich zunächst hinter die bekannten acht Punkte verschängt, wären dann aber, als die Sozialdemokraten erklärten, die acht Punkte annehmen zu wollen, von ihnen wieder abgedrückt. Wenn die Sozialdemokratie jetzt ablehnen müsse, in eine neue Koalition einzutreten, so verweigere sie sich nicht der Tatsache, daß sie damit mancherlei Vorteile für die Arbeiterschaft aufgeben. Aber das Verbleiben in einer solchen nach weits erweiterten Regierung bringe parteipolitisch so großen Schaden, daß es für die Partei nicht in Frage kommen könne.

Die Reichsparteien wollten die Sozialdemokratie aufreiben. Mit den extremen Linksparteien glaube man dann fertig zu werden. Auch sonst wären noch eine Reihe von Umständen vorhanden, die eine gedeihliche Mitarbeit der Mehrheitssozialisten an der Regierung unmöglich machten.

Der Reichstanzler gab der Meinung Ausdruck, daß die Deutschnationalen und die Deutsche Volkspartei in der auswärtigen Politik, wenn sie eine Regierung bilden, nicht ersprießlich wirken könnten. Eine nationalistisch orientierte Regierung würde in Spa schwerlich Vorbeeren ernten können.

Hermann Müller kam weiter auf die Situation zu sprechen, in welche die von der bisherigen Regierung angestellten sozialdemokratischen Beamten im Falle des Ausscheidens der Sozialdemokraten aus der Regierung kommen würden. Keiner dieser Beamten dürfe den Platz verlassen, ohne daß er dazu gezwungen werde. Man müsse unter allen Umständen die Posten zu halten suchen, schon für den Fall, daß die Sozialdemokraten später wieder gezwungen sein würden, die Regierung wieder zu übernehmen. Wenn es in der letzten Zeit geheßen hat, daß Reichspräsident Ebert keine Lust mehr habe,

im Falle des Ausscheidens der Sozialdemokraten auf seinem Posten zu verbleiben, so müsse man von ihm verlangen, daß er aus politischen Gründen das Opfer bringe, so lange wie möglich auszuharren. Der Umstand, daß im Falle des Ausscheidens das Meer in die Hände einer sozialistischen Regierung kommen würde, macht dem Redner weniger Bedenken. Wohl aber müsse man sich im Fall einer Koalition mit der Deutschen Volkspartei fragen, was dann aus der Sozialisierung des Kohlenbergbaues und aus der Beschneidung der Gewinne der Kohlemagnaten werden solle.

In der Aussprache

sprach ein Redner für das Verbleiben in der Regierung. Es sei falsch, anzunehmen, eine Regierung müsse unbedingt eine Mehrheit haben. Ausschlaggebend sei, daß die Sozialdemokraten keine geschlossene Opposition gegen sich hätten. Man dürfe die Schänen, die einzutreten würden, wenn die Sozialdemokraten aus der Regierung ausscheiden, nicht unterschätzen. Man solle nicht glauben, daß die Rechte gleich mit der reaktionären Kur ins Haus fallen werde. Politisch bedenklich sei es auch, wenn man das Zentrum und die Demokraten in eine Koalition mit der Rechten dränge. Man müsse Rücksicht auf das Beamtentum und auf das Heer nehmen.

Die übrigen Redner vertraten den ablehnenden Standpunkt.

Minister Dauts

führte aus: Wir sind unter allen Umständen gezwungen, unter dem parlamentarischen System aus dem Wahlausfall die Konsequenzen zu ziehen. Das Volk hat sich durch den Wahlausfall die jetzige Lage selbst bereitet. Es liegt, wie es sich gebietet hat. Wir haben früher viel geredet von dem Unverständnis der Massen. Der Wahlausfall hat gezeigt, daß dieser Unverständnis noch lange nicht überwunden ist.

Ministerpräsident Genosse Braun:

Wie die Dinge heute liegen, müssen wir vor allen Dingen eins können: warten. Wir gehen schweren Zeiten entgegen und sollten uns auch bewegen nicht in unsichere politische Situationen begeben. Schwere Arbeits- und Wirtschaftskrisen stehen bevor. Spa steht vor der Tür. Wir können diese großen Aufgaben in der Regierung nicht betätigen, wenn wir uns nicht auf eine jederzeit überlässige Mehrheit stützen können. Es wird gesagt, wir dürften weniger auf die Partei und müßten mehr auf das Land und das Volk sehen. Wir können aber für das Volk gar nichts leisten, wenn wir uns in unsichere Verhältnisse begeben und würden parteipolitisch dabei unter den Schritten kommen.

Nachdem noch einige Redner gesprochen hatten, welche besonders darauf verwiesen, daß auf die Unabhängigen die Schuld falle, wenn aus der jetzigen Krise der Arbeiterschaft nachteilige Folgen erwachsen, wurde der von uns an anderer Stelle wiedergegebene Beschluß einstimmig angenommen.

112 Sozialdemokraten.

Die Zahl der sozialdemokratischen Abgeordneten hat sich wiederum vermehrt, so daß die Fraktion 112 Abgeordnete stark ist. Das neue Mandat fällt in den Wahlkreis Hessen-Nassau. Die amtliche Meldung besagt:

Bei der amtlichen Feststellung des Wahlergebnisses im 21. Wahlkreis ergab sich, daß das Zentrum und die Sozialdemokraten je einen Sitz mehr erhalten als bei der vorläufigen Feststellung. Der Zuwachs des Zentrums gleicht sich dadurch aus, daß für das Zentrum die Aussicht auf einen weiteren Sitz durch die Wahlkreisverbindung mit dem 22. Wahlkreis Hessen-Darmstadt nunmehr entfällt. Das sozialdemokratische Mandat fällt auf den Schriftsteller Gustav Hoch in Hanau. Den Deutschnationalen ist ein weiterer Sitz aus der Wahlkreisverbindung gesichert. Die im 21. Wahlkreis insgesamt abgegebenen 1186 956 Stimmen verteilen sich wie folgt: Deutschnationale 177 273, Deutsche Volkspartei 182 511, Zentrum 192 808, Demokraten 116 084, Sozialdemokraten 310 736, Unabhängige 139 321, Kommunisten 16 524.

Die Wahl von Gustav Hoch ist sehr erfreulich, seine Arbeitskraft in wirtschaftlichen und steuerlichen Angelegenheiten wird von der Fraktion sehr geschätzt.

Die stinnetierte Presse.

Am Donnerstag trat der Ankauf des bisherigen offiziellen Regierungsblattes, der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“, durch den Großkapitalisten und Schwerertragsgewinner Hugo Stinnes sächlich in Kraft; die bisherige Redaktion, der Herr Stinnes gnädig gestattet hatte, bis zu den Wahlen zu bleiben, verläßt ihren Posten und an ihrer Stelle erscheint als Chefredakteur der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ Herr Kapitänleutnant Humann, der frühere Presschef des Reichswehrministeriums.

Ein Wort über diesen. Herr Stinnes hat hier einen für seine Zwecke ganz besonders geeigneten Mann erworben. Kapitänleutnant Humann war es, der als

Presschef des Reichswehrministeriums

mit derselben Treue und Hingebung am 12. März No 3 fe, am 13. März Kap p und Rüttwih, am 18. März wieder der alten Regierung diente. Er besitzt also im hohen Maße das, was von dem Leiter eines schwerkapitalistischen Blattes in erster Linie gefordert werden muß: eine anpassungsfähige, sich unterordnende Persönlichkeit. Auch seine im früheren Amt erworbene Übung, ihm von

oben eingegebene, offensichtlich falsche Meldungen an die Öffentlichkeit weiterzuleiten, dürfte ihm im Dienste des Herrn Hugo Stinnes ausgezeichnet zustatten kommen. Wir gratulieren Herrn Stinnes zu diesem Griff. Er hat einen Schriftleiter erworben, der durchaus seiner Person würdig ist.

Vom Diener zum Herrn zurück. Der Ankauf der offiziellen „Deutschen Allgemeinen“ durch Herrn Stinnes ist nur ein

Glied in der Kette von Zeitungsaufkäufen,

mit denen Herr Stinnes das gesamte deutsche Volk an die Kette seiner geistigen Leitung zu legen gedenkt. Nicht nur in Berlin, in allen geistigen Zentren Deutschlands, in allen Provinzen treibt er das gleiche Wesen: wo sein Kapital auf der Bildfläche erscheint, ob in Bayern, ob im Rheinland, ob in Mecklenburg, da werden charaktervolle demokratische Blätter, deren journalistischer Ruf bisher in der Unbestechlichkeit ihrer politischen Haltung begründet lag, über Nacht vorkapitalistisch und stinnetreu. Auf 64 ihm unterstellte Zeitungszweige hat es dieser eifrige Sammler bereits gebracht, den freilich tiefere Beweggründe als bloße Sammelwut treiben.

Diese Stinnetion der bürgerlichen Presse zeigt ihre Achillesferse, die Stinnes geschickt zu treffen versteht: die

kapitalistische Grundlage des bürgerlichen Pressewesens.

Die bürgerlichen Redakteure sind nur so lange Weiter ihrer Blätter, als sie von kapitalistischen Unternehmern gebildet werden, der Uebergang der Zeitung an andre Interessenten spielt sie über Bord. Schon Gustav Freytag hat in seinen „Journalisten“ dargestellt, wie die konservative Geogenie ein ihr unbequemes liberales Blatt durch hinterlistigen Ankauf unschädlich zu machen sucht; dieser Trick ward zu einer öffentlichen Gefahr, seitdem er durch den Stinneskongern systematisch angewandt wird. Der Numidiertönig Jugurtha spottete, als er Rom verließ, über die käufliche Stadt, die sich selbst bald verkaufen würde, wenn sie erst einen Käufer gefunden hätte. Herr Stinnes hält sich für kapitalstark genug, das heutige Deutschland zu kaufen, bei der sogenannten „öffentlichen Meinung“ angefangen.

Die Sache erhält ihren besonderen Reiz, wenn man sie im Lichte des Programms der Partei betrachtet, der Herr Hugo Stinnes angehört, oder richtiger gesagt, die Herrn Hugo Stinnes angehört: der

Deutschen Volkspartei.

Diese Partei hat ein von schönen Phrasen kiefendes, ellenlanges Programm aufgestellt, in dem wir unter Punkt 6 „Volkstum und Familie“ auch den trefflichen Satz finden:

Einem auf unser Volkstum und Staatsleben geriebend wirkenden Einfluß des Großkapitals, wie er bei demokratischer Staatsform zu befürchten ist, muß scharf entgegengetreten werden.

Bravo, bravissimo! Mit welchem Pathos mag Professor A h I, die stilkliche 42er-Gaube der Partei, weiland in Leipzig; diesen moralischen Hindgänger herausgeschleudert haben. Schade, daß dieses wichtige Geschloß gegen die großkapitalistische Korruption sofort im Schlamme des Stinnesumpfes festsinken mußte — „Muß scharf entgegengetreten werden.“ Sicherlich, nur zu diesem Zwecke hat sich die Deutsche Volkspartei aufgetan. Wer mag zu zweifeln, daß sie der großkapitalistischen Berlebung scharf entgegentritt, sie, die den Großaufkäufer der öffentlichen Meinung.

Hugo Stinnes, in den Reichstag entsendet.

Noch scharfer geht es wirklich nicht!

In dem programmatischen Moraleguß der Partei finden sich unter Punkt 13 auch die Sätze:

Die Freiheit der Presse ist zu gewährleisten... Die Presse ist als die berufene Vertreterin öffentlicher Interessen anzuerkennen.

Öffentlicher Interessen! Mit welchem Augurens lächeln wohl der Abgeordnete Stinnes die Grundsätze seiner Partei liest, falls er sich überhaupt die überflüssige Mühe macht!

Noch die Sache hat furchtbar ernste Seiten. Während des Krieges finanzierte die Schwerindustrie das Geschrei nach der Annexion Belgiens, ohne die das belgische Milliardengeschäft nicht zu den erhofften Riesengewinnen führen konnte. Kalkülend schritt die Großindustrie über Millionenopfer der Kriegsverlängerung in dem frohen Glauben, für jede dahingeraffte Menschenmillion hundert

goldene Millionen in Belgien

zu verdienen. Der Hauptinteressent an dem belgischen Riesensichzug hieß Hugo Stinnes. Aber ganz gewiß ist die Stinnespresse „die berufene Vertreterin öffentlicher Interessen“. Denn so steht es ja im Programm der Deutschen Volkspartei.

Was alles wird uns diese „berufene Vertreterin öffentlicher Interessen“ noch beschreiben, wenn sie in leicht erklärlichem Irrtum die privaten Geschäftsinteressen ihres Kapitalgebers mit den öffentlichen Interessen verwechselt. Ja, die Deutsche Volkspartei hat mit ihren Befürchtungen über den zersetzenden Einfluß der Schwerindustrie nicht so unrecht, nur daß sie selber es ist, die den tatsächlichen Grund zu solchen Befürchtungen liefert.

Sie hat ein davonlaufender Gauner brünstiger sein „Haltet den Dieb!“ gerufen, als diese Partei ihren Wahlkampf gegen die „korruptierte Schieberrepublik“ ausstieß. Das Ideal der Sauberkeit und Lauterkeit, dem sie uns zuführt, läßt sich schon heute klar überblicken: der Hugo Stinnesche Zeitungstrust mit großen und kleinen Humanns als geistigen Kernern des deutschen Volkes. Der Schwerertragsgewinnler und der

Nachrichtensoffizier Ludendorffscher Schule

an der Spitze der öffentlichen Meinung! Wer zweifelt nun noch, daß Herr Stresemann uns herrlichen Zeiten entgegenführt? Daß ihm keine Hindernisse in den Weg gelegt werden, dafür sorgen die tapferen Unabhängigen, die Stresemann, Helfferich und Stinnes die Bahn freimachen wollen. —

Internationaler Boykott gegen Ungarn.

An die Arbeiter aller Länder!

Der Internationale Gewerkschaftsbund hat beschlossen, vom 20. Juni an Ungarn zu boykottieren und jeden Verkehr mit diesem Lande völlig abzubrechen.

Es ist nun beinahe ein Jahr her, seit die sogenannten „ordnungsliebenden Elemente“ in Ungarn die Regierung ergriffen haben. Von diesem Augenblick an wurde die Arbeiterbewegung Unterdrückungen und Verfolgungen ausgesetzt, die ohnegleichen sind in der Geschichte der Arbeiterbewegung und bei weitem noch alle Greuelthaten des einstigen russischen Jarentums übertreffen.

Es genügt, Mitglied einer nicht konfessionellen Vereinigung zu sein, um ins Gefängnis geworfen zu werden; eine anonyme Denunziation ist hinreichend, um verhaftet und in ein Gefängnis eingeliefert zu werden.

Bereits zu Beginn dieses Jahres befanden sich in den Gefängnissen in Szeged 9000 Männer und Frauen, Szeged 4000, Balassagyörgy 2400, Eger 2000, Cegléd 8000 und Komárom-Sandberg 2000. Insgesamt wurden 50 000 Männer und Frauen gefangen genommen. Die Gefängnisse in den Städten sind überfüllt, die Gefangenen den grauigsten und raffiniertesten Martern ausgesetzt. 5000 Arbeiter waren bereits zu Beginn dieses Jahres zum Tode „verurteilt“. Tausende und Tausende wurden ohne jegliches vorheriges Prozessverfahren von den Offizieren ermordet. Tausende sterben langsam an Hunger, Unterernährung und Krankheit dahin. Die reaktionären Offiziersdetachements sind allmächtig. Wer in ihre Hände fällt, ist verloren; ihre Schloßschlüssel werden gemortet und schließlich totgeschlagen. Es ist vorgekommen, daß die Unglücklichen bei lebendigem Leibe kastriert, ihnen Arme und Beine entzweiwegeschnitten oder daß sie gezwungen wurden, ihre eigenen Extremitäten zu essen oder Menschenfleisch zu verzehren. Männer wurden kastriert, andern ihre Geschlechtsstelle mit Steinen zerstampelt. Alle diese Fälle sind nachgewiesen und durch Bezeugen unter Eid festgestellt.

Männer und Väter wurden vor den Augen ihrer Frauen und Kinder gemartert und getötet. Frauen und Mädchen vor den Augen ihrer Männer und Väter geschändet. Tagtäglich verschwinden Männer und Frauen aus der kämpfenden Arbeiterbewegung, und man findet sie nur wieder als Leichen, ermordet, erschossen, totgeprügelt, ertrunken und oft in der fürchterlichsten Weise verstimmt.

Der Internationale Gewerkschaftsbund hat gegen diese Greuel bei der ungarischen Regierung sowohl wie beim Obersten Rat des Völkerbundes protestiert und verlangt, daß Maßnahmen ergriffen werden, um all diesen Greueln ein Ende zu machen. Dieser Schritt blieb erfolglos. Der welche Terror herrscht nach wie vor in Ungarn. Der Oberste Rat des Völkerbundes kann oder will offenbar nicht den nötigen Druck auf die ungarische Regierung ausüben. Die Regierung selbst will die Greuel in ihrem Lande nicht äugen und läßt sie entweder geschlossenen Auges geschehen oder ermutigt sie.

Aus offiziellen Dokumenten der ungarischen Regierung, die sich im Besitz des Internationalen Gewerkschaftsbundes befinden, geht hervor, daß die Regierung die Richter anspricht, die Gefangenen zu verurteilen, auch wenn keine genügenden Beweise für das, was man in Ungarn „Schuld“ nennt, vorliegen und auf das „Unschädlichmachen“, d. h. die Ermordung der ins Ausland geflüchteten Arbeiterführer Prämien gesetzt hat in der Höhe von 20 000 bis 250 000 Kronen.

Alle diese Verbrechen sind bekannt und erwiesen. Die Regierungen, denen sie bekannt sind, sind nicht gewillt, einzugreifen und frohlocken vielleicht, daß die Arbeiterbewegung Ungarns niedergebrosen und ermordet wird.

Der Internationale Gewerkschaftsbund übernimmt die Aufgabe der Regierungen und ruft die Arbeiter aller Länder auf, ab Sonntag den 20. Juni, jede Arbeit zu verweigern, die dem Ungarn des weißen Terrors direkt oder indirekt zugute kommen würde.

Ab Sonntag den 20. Juni darf kein Zug die ungarische Grenze passieren, kein Schiff in Ungarn einfahren, kein Brief, kein Telegramm von oder nach Ungarn weiterbefördert werden. Der ganze Verkehr muß stillgelegt werden. Keine Schokolade, keine Rohstoffe, keine Lebensmittel, kein Brief und kein Telegramm dürfen mehr ins Land.

Während des Krieges hat die herrschende Klasse in den kriegsführenden Ländern ihre Gegner mit der Waffe des wirtschaftlichen Boykotts bestraft. Nach dem Kriege gebrauchte sie dieselbe Waffe und trachtet sie weiter anzuwenden, um die zülführende Arbeiterbewegung zu erdrosseln.

Der Internationale Gewerkschaftsbund ruft die Arbeiter aller Länder auf, nunmehr dasselbe Mittel anzuwenden, um dem Völkerverregime der ungarischen Regierung Einhalt zu gebieten und Leben und Freiheit von Tausenden und Tausenden Genossen in Ungarn zu retten.

Genossen! Transportarbeiter, Seefahrer, Eisenbahnarbeiter und Beamte, Post- und Telegraphenangestellte, Arbeiter aller Berufe, leistet alle wie ein Mann dem Rufe des Internationalen Gewerkschaftsbundes Folge!

Verrichtet ab Sonntag den 20. Juni keinerlei Arbeit mehr für Ungarn!

Gegen den weißen Terror der proletarische Boykott!

Hoch die internationale Solidarität!

Der Internationale Gewerkschaftsbund.

W. A. Appleton, Vorsitzender.

A. Jouhaux, E. Wertens, Vizevorsitzende.

E. D. Timmen, J. Dubocquet, Sekretäre.

Bei den heutigen Verhandlungen über den Aufruf haben sich die Vertreter der Verbände der Eisenbahner, der Maschinisten und Heizer, der Transportarbeiter und der Arbeitsgemeinschaft freier Angestelltenverbände für die Durchführung des Boykotts gegen Ungarn erklärt. Der Vorstand des Deutschen Beamtenbundes, der gleichfalls zu der Sitzung geladen war, hatte keinen Vertreter entsandt.

Berlin, den 11. Juni 1920.

Vorstand des Allgemeinen deutschen Gewerkschaftsbundes.

E. Legien.

Neuwahlen in Deutschösterreich?

Die Großdeutsche Vereinigung hat sich für Neuwahlen ausgesprochen.

Die sozialdemokratischen Vertrauensmänner Wiens trafen am Sonnabend nachmittags nach den Ausführungen Dr. Otto Bauers einstimmig folgenden Beschluß:

Die Wiener Vertrauensmänner-Versammlung nimmt den Bericht des Sozialdemokratischen Verbandes mit einseitiger Zustimmung zur Kenntnis. Sie fordert die Organisationen und Vertrauensmänner auf, unterzüglich die Vorbereitungen zu Wahlen in Angriff zu nehmen.

Die christlichsozialen Vereinigung hat den Präsidenten, Genossen Seitz, ersucht, an den Sozialdemokratischen Verband die Anfrage zu richten, ob dieser die Koalition als noch bestehend betrachte. Der Sozialdemokratische Verband hat darauf dem Präsidenten geantwortet:

Auf die uns übermittelte Anfrage der christlichsozialen Vereinigung erlauben wir uns mitzuteilen, daß nach der Auffassung unsehr Verbandes die Koalition mit der Demission der Regierung zu bestehen auf gehört hat.

Die Chefs der Ententemissionen haben sich für Nichtteilnahme in die innerpolitischen Verhältnisse Deutschösterreichs ausgesprochen.

Berühmte Durchführung der Entwaffnung.

Zu den deutschen Reichstagswahlen erklärt das große englische Blatt „Times“, die Hauptfrage sei jetzt, daß England und Frankreich in der Frage der Entwaffnung Deutschlands zusammenschließen. Die Bestimmungen über die Entwaffnung bildeten den Grund- und Eckstein des Friedensvertrags. Deutschland habe bisher die größte Abneigung gegen die Erfüllung der Friedensbedingungen zur Schau getragen und die Parteien der Rechten, die bei den Wahlen einen so bemerkenswerten Erfolg erzielten, hätten ständig auf den Bruch des Vertrags gedrungen. Am 10. Juni müsse Deutschland laut Vertrag sein Heer auf 100 000 Mann herabgesetzt haben. Das Anwachsen der unabhängigen Stimmen werde zweifellos dazu benutzt werden, um einen Aufschub der Heeresverminderung zu fordern. Wenn England seinen französischen Alliierten in dieser Frage nicht offen und ehrlich unterstütze, werde das Vertrauen Frankreichs, das in der letzten Zeit in bedauerlicher Weise abgenommen habe, vielleicht nicht wiederhergestellt sein.

Achtung vor den sozialdemokratischen Leistungen.

Das sozialdemokratische Blatt in Kopenhagen „Socialdemokraten“ machte dieser Tage auf die ungeheuren Schwierigkeiten aufmerksam, unter denen die Sozialdemokratische Partei Deutschlands die Wahlen durchzuführen hatte. Das Blatt fügte hinzu: „Wenn die Mehrheitssozialisten trotzdem als „stärkste Partei“ aus den Wahlen hervorgegangen sind, mühte die gesamte organisierte Arbeiterschaft der Welt Achtung vor ihren Leistungen haben.“

Der künftige Präsident Amerikas.

Der Nationalkonvent der Republikaner, d. h. der Parteilager der nordamerikanischen Stinnespartei, beschloß nach einer Reihe verlustloser Abstimmungen einen gewissen Senator Harding als Kandidaten für die Wahlen zum Präsidenten der Vereinigten Staaten vorzuschlagen. Harding, der ein politischer Unbekannter ist, gehört dem rechten Flügel der Republikanischen Partei an, hat also bei der herrschenden Reaktionswahl alle Aussicht, gewählt zu werden. Nach seiner Stellung zu dem Vertrag von Versailles ist er nur für die Annahme mit Vorbehalten, praktisch als gegen den Beitritt der Vereinigten Staaten zum Völkerbund.

Aus der Verleumbertwerkstatt.

Vor dem Schöffengericht Berlin-Mitte stand am Donnerstag Termin in der Privatklage des Kaufmanns Heinrich Ellarz gegen den Reklamateur der roten Fahne Bruno Schäfer an. Zur Klage stand ein Artikel in der „Roten Fahne“ unter der Aufschrift „Der Scheidemann-Scandal“, in welchem eine Erklärung Sonnenfelds senior wiedergegeben wurde, in der behauptet wurde: 1. der Kläger habe dem Sonnenfeld junior nahegelegt, ihm zu bestätigen, daß Sonnenfeld senior unzurechnungsfähig sei; 2. der Kläger dem Sonnenfeld junior für den Schweißfall einen falschen Paß nach Argentinien und 20 000 Mark angeboten habe, um in dem

die Ermordung Liebknechts und Rosa-Lugemburgs betreffenden „Fall Ellarz“ die Belastungszeugen Sonnenfeld senior und junior zu beseligen und damit diesen Fall aus der Welt zu schaffen.

Der Privatkläger ging in einem längeren Vortrag auf den Entwicklungsgang des sogenannten „Falles Ellarz“ ein und suchte, teilweise unter Vorlegung von Originaldokumenten, darzulegen, daß alles, was hauptsächlich gegen seinen Bruder Georg Ellarz veröffentlicht worden sei, Schwindel und Fälschung sei und von einer Zentrale zu ganz bestimmten politischen Zwecken den Weg in die Presse gefunden habe. Er selber stehe mit Georg Ellarz in gar keinen andern als verwandtschaftlichen Beziehungen und habe mit Herbert, Scheidemann und Noske, die er gar nicht kenne, nichts zu tun gehabt.

Anfang September habe ihm sein Bruder erzählt, daß Sonnenfeld junior mit 1 200 000 Mark durchgebrannt sei. Der alte Sonnenfeld sei bei ihm gewesen und habe ihm gesagt: „Wenn Sie einen Teil der Summe meinem Sohn in Holland besorgen, werden wir Ihnen den andern Teil zurückgeben, andernfalls würden Herbert und Scheidemann in die größte Klemme kommen, eine neue Revolution würde ausbrechen und Sie würden wahrscheinlich an die Entente ausgeliefert werden.“ Es sei, so meinte der Privatkläger, auf Erpressung abgesehen gewesen. Er selber habe mit Politik nicht das geringste zu tun und habe niemals Kriegsgeschäfte mit einer Behörde, welcher Art auch immer, gemacht. Bei den angeblichen Vergleichsverhandlungen sei es sein Zweck gewesen, den Aufenthaltort des Zeugen Sonnenfeld zu erfahren. Als dies gescheitert war, sei dieser in Holland verhaftet worden. Inzwischen sei ein Brief des alten Sonnenfeld an seinen Sohn aufgefunden worden, in welchem es heißt: „Einige Dich lieber, denn mit dem Material kann man gegen die Wände nichts ausrichten.“

Er habe dem jungen Sonnenfeld geraten, seine Situation durch offenes Bekennen seiner Schuld und Rückgabe des Geldes zu verbessern; da habe dieser geweint, einen Brief an den Vater geschrieben und ihn aufgefordert, die 800 000 Mark zur Verfügung zu stellen. Das sogenannte „Material“, welches fotografiert worden sei, sei in besonders wichtigen Punkten von den Treibern gefälscht bzw. nur ihren Zwecken entsprechend unvollständig wiedergegeben worden. Sonnenfeld junior habe in einem Briefe, den der Kläger vorlegte, seinem Anwalt gegenüber direkt ausgedrückt, daß der Vater politisch bearbeitet werde,

Reichen von Geistesfindung

gebe und seine Unterbringung in einem Sanatorium wünschenswert sei. Mit diesem Briefe er zu dem gegangen, der ihm als der Mittelpunkt der Treiberei bezeichnet wurde, den Korrespondenten Martin Schöczewski, der habe sich aber nicht überzeugen lassen wollen, daß alles Schwindel sei, sondern geantwortet: „Der Ring um Ellarz ist geschlossen!“ Auf die Frage des Klägers, ob er auch dabei sei, habe er eine bejahende Antwort erhalten. Er habe sich auch mit dem

Haupttreiber in der ganzen Affäre,

dem Abg. Davidsohn, in Verbindung gesetzt und ihm Rat gemacht, daß er mit etwaigen Veröffentlichungen vorsichtig sein solle, da es sich um reinen Schwindel handle, Davidsohn habe aber nicht darauf reagiert.

Inzwischen habe sich herausgestellt, daß Sonnenfeld junior noch eine Summe von 300 000 Mark durch Fälschung von Rechnungen betraubt hatte. Der Kläger brachte verhängene Dokumente vor, um zu zeigen, mit welchen Mitteln der Unwahrheit und der Fälschung operiert worden sei. Er erwähnte u. a., daß

Davidsohn, der spiritus rector, einer sehr angesehenen Persönlichkeit gesagt habe:

Er wolle Minister werden, wenn die Regierung Herbert Scheidemann gestützt werde, und daß er ferner eine Hochverratsanklage fabriziert und vergeblich dem Hauptzeugen ein

Ami versprochen habe, wenn er etwas Belastendes ausfagen würde — was der Zeuge aber nicht konnte.

Auch die vor wenigen Tagen durch die Presse gegangene Nachricht, daß gegen Ellarz eine Anklage wegen Amtsanmaßung, Verstoß der Gefangenensatzung und fahrlässiger Tötung erhoben sei, sei völlig erfunden und im weitesten Umfang erlogen.

Der Privatkläger verlangte eine nicht mißzubedeutende öffentliche Erklärung von dem Angeklagten.

Nach längerem Hin und Her gab der Angeklagte folgende Erklärung zu Protokoll:

Im Anschluß an die in Nr. 2 der „Roten Fahne“ vom 2. Januar unter der Rubrik „Der Scheidemann-Scandal“ erschienene Notiz und die dort wiedergegebene Äußerung des Herrn Sonnenfeld erkläre ich, daß nicht behauptet werden soll, Herr Heinrich Ellarz habe sich in irgendeiner Weise an der Verhinderung der Aufklärung des Noske- an Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg beteiligt oder an der Verhinderung einer solchen Aufklärung ein Interesse gezeigt.

Heinrich Ellarz ist offenbar kein rachsüchtiger Mensch und die „rote Fahne“ kann ihm recht dankbar sein, daß sie mit einer Erklärung davon gekommen ist.

Wie ist fast die gesamte Presse über den „Fall Ellarz-Scheidemann“ hergefallen. Monatlang wurden die blödsinnigsten Geschichten als reine Wahrheit verbreitet und eine Atmosphäre der Häre und des Stankes geschaffen, wie sie schimmer nicht erdacht werden konnte. Wehrlos standen die Angegriffenen den Verleumdungen preisgegeben, die systematisch von einer Zentrale aus geleitet wurden.

Nach ist nicht ganz gefärrt, wer die Seele des Ganzen war. Aus den Scheidemann-Prozessen wissen wir nur, daß der Geldgeber Hauptmann von Kessel in der berüchtigten Spindelaktion beteiligt war, der enge Verbindung mit dem Journalisten Schöczewski und Davidsohn und Baumelster hielt.

Der ganze Schwindel floß auf, als der sozialdemokratische Untersuchungsausschuß mit unfern Genossen Sollmann und Weims seine Vernehmungen begann. Auf einmal war alles still geworden. Drei Monate und neun Monate Gefängnis wurden den Verleumdern in den zwei Scheidemann-Prozessen aufgebrennt. Aber gerade die Zeitungen, die am lautesten über den Scheidemann-Scandal geschimpft hatten, brachten kaum ein paar Zeilen zur Wiederherstellung der Ehre des Mannes, den in den Schmutz zu ziehen sie getreulich geholfen hatten.

Im Wahlkampf ist das Wort „Ellarz-Scheidemann“ nur in den heimlichsten Dörfern, wo man ganz unter sich war, gehört worden. Wenn nur ein Schatten an Scheidemann hängengeblieben wäre, wie wäre der „Fall Ellarz“ vor den Wahlen ausgeschlacht worden! Niemand wagte davon öffentlich zu reden — der beste Beweis für die Verlogenheit, mit der im Herbst und im Winter gehetzt wurde.

Notizen.

Im Ruhrgebiet und in Schlesien kein Ausnahmezustand mehr. Der Reichspräsident hat auf Antrag der preussischen Regierung nunmehr die Aufhebung des Ausnahmezustandes im Ruhrgebiet verfügt. Die Ausrückung der Waffen wird hierdurch nicht berührt. Ferner hat der Reichspräsident die Aufhebung des Ausnahmezustandes in Schlesien verfügt.

Wirtschaftsminister verhandelt im böhmischen Bergbau. Das sächsische Wirtschaftsministerium verhandelt in Joidau mit den Betriebsräten des Joidauer und Lugauer-Deutscher Kohlenreviers und den Vertretern des Bergbauischen Vereins über die Wiedereröffnung der acht Betriebsünde. Die Betriebsräte saßen mit geographischer Mehrheit eine Entschließung, in der sie anerkennen, daß die ungeheure Kohlennot rasche Abhilfe erfordert, und daß es zurecht kein anderes Mittel gibt, ihr zu helfen, als bis auf weiteres die acht Betriebsünde wieder einzuführen. Die Betriebsräte wollen in diesem Sinne auf die Belegschaften einwirken.

Zum Kreisdirektor ernannt wurde Genosse Kantscher in Bernburg, der bisher kommissarisch die Verwaltung der Kreisdirektion und der Kreis kommunalverwaltung geführt hat.

Reinlich. Die unabhängige Mehrheit der Stadtratsversammlung in Schöningen lehnte die Erstattung der Umzugskosten für den Bürgermeister, unsern Genossen Schütz, ab.

Todesurteil für einen Geiselmörder. Vor dem Volksgericht München wurde nach mehrlägigen Verhandlungen das Urteil gegen zwei Angehörige der roten Armee aus der Zeit der vorjährigen Mätereipublik gesprochen. Die der Mitschuld an der Ermordung der zehn sogenannten Geiseln bezichtigt waren. Die Beweisaufnahme ergab, daß sich der Angeklagte Wallerschauer an der Erschießung der Geiseln mit besonderer Mühe beteiligt hat, während die Aussagen über die Mittäterschaft des Angeklagten Motier übernahm. Motier wurde wegen Hochverrats zu 7 Jahren Zuchthaus, Wallerschauer wegen Noskes zum Tode verurteilt. Motier war während der Münchner Kommune auch als kommunistischer Kurier nach Ungarn verbannt worden. Das kommunistische Organ in München hatte zum Generalkrieg im Falle der Bestätigung des Todesurteils aufgefordert. Eine schmach besuchte Versammlung revolutionärer Betriebsräte hat ihn aber abgelehnt.

Essad Pascha ermordet. Am Sonntag wurde in Paris von einem Albaner auf Essad Pascha, den ehemaligen Gouverneur von Albanien, jetzigen Vorsitzenden der albanischen Delegation in Paris, in dem Augenblick, in dem dieser das Hotel Continental verließ, zwei Revolverkugeln abgegeben. Essad Pascha wurde getötet. Der Mörder ist verhaftet. Er erklärte, daß er seine Racheleide habe rächen wollen für die Leiden, die ihn Essad Pascha zugefügt habe. Essad Pascha war ein Abenteuerer, wie sie in der Zeit der Renaissance in fast allen europäischen Staaten zu finden waren. Mit Hilfe von selbst erworbenen Soldaten machten sie „Politik“. Essad Pascha hat unzähligen Herren Treue geschworen und gebrochen. Unter dem Prinzen Wied war er „Kriegsminister“. Jetzt hat er ein Ende gefunden, wie fast alle seine Genossen im Mittelalter.

Die Italiener verlassen Montenegro. Die italienischen Truppen ziehen sich an Montenegro zu verziehen. Ueber das Schicksal der Belagerten von Skutari ist man noch im ungewissen. Der Aufstand in Albanien und Montenegro hat in Italien große Besorgnis hervorgerufen.

Murden im ersten Land. In Triest und Trient, den zwei größten Städten des ehemals unruhigen (Irrodonia) Italiens, hat es blutige Zusammenstöße gegeben. In Trient feuerten Gendarmen auf Arbeiter, die im Generalkrieg stehen: 3 Tote und 16 Verwundete blieben liegen. In Triest demonstrierten Soldaten und Arbeiter gegen Truppenabfahrt nach Albanien. Militär schritt ein. Nationalisten beschossen die Demonstranten, irgendwelche Rebellen verhängten sich im Stadtzentrum. Die Zahl der Opfer ist noch nicht bekannt.

Depeschen.

Trimborn soll sein Glück probieren.

Berlin, 14. Juni. Der Reichspräsident hatte am Montag vormittag mit dem Abgeordneten der Zentrumspartei Graf Graf Dr. Trimborn eine längere Besprechung, in deren Verlauf Dr. Trimborn die großen Schwierigkeiten der Bildung eines neuen Kabinetts betonte. Der Reichspräsident ersuchte Dr. Trimborn unter Hinweis auf den Ernst der Lage, gleichwohl die Bildung eines Kabinetts zu übernehmen. Dr. Trimborn nahm den Auftrag an.

Magdeburger Angelegenheiten.

Magdeburg, den 14. Juni 1920.

Parifal als Arbeitervorstellung.

Am Freitag und Sonntag wird im Stadttheater Wagners „Parifal“ aufgeführt. Karten (gewöhnlicher Opernpreis) sind an folgenden Verkaufsstellen des Arbeiter-Bildungsausschusses zu haben: Wagner, Genthiner Straße 18; Böhling, Fichtestraße 22; Dies, Kurfürstenstraße 6; Kolb, Fischertrugstraße 22; Neßler, Knochenhauerufer 59; Kungemann, Mittelstraße 7; Eichholz, Immermannstraße 18; Kunge, Brauereistraße 6; Dahlhelm, Ruisenstraße 20, Hof 1 Tr.; Klepp, Am Ring 2; Engel, Nordstraße 6; Knappe, Windmühlenstraße 23; Buchhandlung Volksstimme.

Verkauf von Dienstag, morgens 9 Uhr, an.

Die Marobren im Metallarbeiterverband.

Unser Dresdner Parteiorgan erhält von einem Metallarbeiter eine Zuschrift, die ein Schlaglicht auf die Art der unabhängigen Agitation und ihre Folgen wirft. Es handelt sich zwar um örtliche Vorgänge, doch sind sie interessant genug, um hier im Auszug erwähnt zu werden, zumal in Magdeburg ähnliche Verhältnisse herbeigeführt werden sollen, wie der Boykottbeschluss gegen die „Volksstimme“ beweist.

Am 27. April fand in einer Generalversammlung der Metallarbeiter von Dresden die Kündigung des Tarifvertrags auf der Tagesordnung. Im Auftrag und im Sinne der Ortsverwaltung berichtigte der Kollege Pawlowitsch. Die Ortsverwaltung hatte beschlossen, der Generalversammlung zu empfehlen, diesmal die Kündigung nicht auszusprechen. P. verwies auf die enorme Verteuerung des Brotes, der Kartoffeln, Butter, Margarine, des Jutes und der Marmelade. Dagegen sei eine Senkung der Preise gewisser Artikel, die im freien Handel zu erstehen sind, zu verlangen. Des Weiteren wurde berichtet, daß sich der Arbeitsmarkt durch das Steigen der Valuta und die ganz oder beinahe ersetzten Weltmarktpreise zuungunsten der Arbeiterschaft erheblich verändert habe. Wohl sind die Löhne der Dresdner Kollegen zum erheblichen Teil unzulänglich, sie sind zum Teil beträchtlich niedriger als in den übrigen Reichshauptmannschaften. Jedoch erhebe die jetzige Zeitpunkt zur Kündigung als nicht gut geeignet.

Was machte die Unabhängige „Volkszeitung“ aus diesem völlig den Tatsachen entsprechenden Bericht? Man lese:

Es war nun wirklich hörens-wert, wie sich der Kollege Pawlowitsch von der Ortsverwaltung im Zeug legte für die noelenden Dividenden-schlader, wie er kämpfte gegen die Tarif-kündigung, also für die Tasche des Kapitalisten. Ja, die hohen Arbeitslöhne sind schuld an allem; dieser Auffassung sind immer noch unsere rechtsstehenden Gewerkschaftsfunktionäre.

Am 28. Mai fand eine weitere Generalversammlung statt und dort wurden von der Begründung zwei Schreiben des Hauptverbandes in Stuttgart bekanntgegeben, in denen dieser den gleichen Standpunkt vertrat, den Pawlowitsch am 27. April im Auftrag der Ortsverwaltung bekanntgegeben hatte. Der Vorstand hob im Gegensatz zu P. die gleichen Argumente viel schärfer hervor. Die Vorstandsmitglieder, die die Schreiben unterzeichnet haben, sind beide Mitglieder der Unabhängigen Partei.

Mit Recht bemerkt der Metallarbeiter zum Schluß: Was entsteht aus der bisherigen unverantwortlichen Schreiberei und den Verdächtigungen? Die Folgen machen sich schon bemerkbar. Die Marobren im wirtschaftlichen Kampfe haben für solche Vorkommnisse eine scharfe Witterung! In den Betrieben sind Stimmen laut geworden derart: Nicht nur Marg und Pawlowitsch sind Arbeiterverräter, sondern auch die Stuttgarter, wie Dikmann und Stein und Schreier (Unabhängige. D. Red.) sind weiter nichts als Arbeiterverräter. (Das selbe ist jetzt in Berlin dem Bevollmächtigten Bisla — auch unabhängig — gesagt worden.) Dahin führt eine verlogene und entstellende Bericht-erstattung, eine systematische Verhöhnung, die nur politische Un-duldsamkeit als Ursache hat. Wenn die unabhängige „Volks-zeitung“ bei der bisher geübten Praxis verbleibt, so treibt sie be-wußt Gewerkschaftszersplitterung, denn jetzt geht es auch ihren Leuten an den Stragen. Die letzten Vorkommnisse in der hiesigen Metallindustrie sind ein klassisches Schulbeispiel. Die beiden Arbeitgeberorganisationen, die sich bei der letzten Tarifberatung in den Haaren lagen, haben sich schließlich-friedlich zusammengesunden. Das war von ihrem Standpunkt aus ge-handelt. Nur die Arbeiter wollen aus solchen Vorgängen nichts lernen.

Die Kartoffelversorgung aus der Ernte 1920.

Nach der neuen Verordnung über die Kartoffelversorgung vom 21. Mai ist es Aufgabe der Landwirtschaft, 120 Millionen Zentner Kartoffeln im Wege der Lieferungsverträge zur Versorgung der Bevölkerung in den Kommunalverbänden aufzubringen, so daß eine Woche 10 Pfund Menge von 6 Pfund gewährleistet wird. Damit diejenigen Vereinigungen, die mit der Landwirtschaft die Verträge abschließen sollen, einen Überblick über die von den Kommunalverbänden angeforderten Mengen erhalten und mit dem Abschluß der Verträge beginnen können, ist es den Kommunalverbänden aufgegeben, den zur Versorgung ihrer Bevölkerung erforderlichen Bedarf bis zum 10. d. M. bei der Reichskartoffelstelle anzugeben.

Eingelne Kommunalverbände sollen beachtlichen, nicht den gesamten Jahresbedarf in Höhe von 6 Pfund anzumelden, sondern sich nur eine Fristreserve zu sichern und im übrigen die Bevölkerung auf den freien Kauf von Kartoffeln zu verweisen, weil der Preis für freie Kartoffeln im kommenden Winter sich niedriger als der Preis für Vertragskartoffeln stellen könnte. Es ist vollkommen verfrüht, schon jetzt eine gute Kartoffel-ernte zu prophezeien. In Anbetracht des Verlustes großer Heberschubgebiete durch den Friedensvertrag, sowie in Anbetracht der erheblichen Mengen, die der Landwirt zur Ernährung seines Viehes in der eignen Wirtschaft benötigt,

bleibt es zweifelhaft, ob auch bei einer verhältnismäßig günstigen Ernte das Angebot an Kartoffeln unter dem Preis für Vertragskartoffeln zurückbleiben wird. Für die Kommunalverbände dürfte es sich daher im eigenen Interesse der versorgungsberechtigten Bevölkerung empfehlen, diese Umstände auch bei Anmeldung des Bedarfs, die bis 10. Juni erfolgen muß, in Rechnung zu stellen und ihre Anforderungen nicht zu gering zu bemessen. Die Neuverteilung der Kartoffelversorgung erscheint uns wenig glücklich und dürfte zu erheblichen Schwierigkeiten führen. Vor allem zwei Sorten von Kartoffeln! Nach den gemachten Erfahrungen werden die minderwertigen Kartoffeln von den Erzeugern an die Kommunalverbände geliefert, während die besten in den freien Handel kommen für die wohlhabendere Bevölkerung.

Aber nun der Kleinverkauf? Soll jeder Kleinhändler Kommunal- und freie Kartoffeln führen? Dann wird hier zum zweiten mal sortiert werden. Auch das Nebeneinanderstehen von kommunaler Kartoffelwirtschaft und privatem freien Handel ist durchaus unwirtschaftlich. Den Kommunalverbänden wäre zu empfehlen, mit einem gemeinwirtschaftlich organisierten Groß- und Kleinhandel unter Einfluß der Konsumvereine die Kartoffelversorgung zu sichern. Das bedeutet nicht Ausschaltung des Handels und seiner Fachkenntnis sowie seines Interesses an der besten pflegerischen Behandlung der Ware, sondern Organisation des Handels, damit nach dem Grundsatz „Großer Umsatz — Kleiner Rußen“ die Verbilligung der Ware erreicht werden kann.

Aufhebung der Fischbewirtschaftung.

Wie der „Vorwärts“ mitteilen in der Lage ist, wird die Fischbewirtschaftung nunmehr ebenfalls aufgehoben. Nach den Erfahrungen, die mit der Freigabe anderer Lebensmittel gemacht worden sind, ist die Befreiung am Plage, daß für Fische Preissteigerungen eintreten werden. Für den Augenblick ist die Gefahr natürlich nicht groß, da ausreichende Fänge vorliegen und infolgedessen genügende Vorräte des Fischmarktes Preissteigerungen unmöglich macht. Dagegen besteht die Gefahr, daß bei unglücklicherem Ergebnis der Fänge auch dieser Teil des Lebensmittelmarktes dem Preiswucher freigegeben wird. Der gegenwärtige Stand der Valuta begünstigt natürlich die Fischeinfuhr in hohem Maße. Es ist jedoch nicht abzusehen, ob die jetzigen Marktvorkommen auch anhalten werden. Die spätere Entwicklung muß zeigen, ob mit der Freigabe der Fische, die seit dem Kriege in erhöhtem Maße zu einem Volksernährungsmittel geworden sind und bei der schlechten Vorräte mit Fleisch zur Ernährung unbedingt erforderlich sind, nicht genau das Gegenteil der beabsichtigten Wirkung erreicht wird.

Zum mindesten hätte der Weg einer gemeinwirtschaftlichen Regelung vorgezogen werden müssen, für die Ansätze aus der öffentlichen Bewirtschaftung her bereits vorhanden waren. Es ist bekannt, daß bei der Einleitung der Fischkaution die Fischhändler selbst gegen die Preissteigerungen vorgegangen sind, indem sie die Fischkaution abgaben. Es ist fraglich, ob sie dieses Maß von Solidarität mit den Verbrauchern ohne jede gemeinwirtschaftliche Bindung auch fernerhin zeigen werden. Wir haben deshalb alles Recht, der Gestaltung des Fischmarktes in der Zukunft mit Bedenken entgegenzusehen.

— Die Hygiene des freien Tages. Die Zahl der Ausflügler, die an schönen Sonntagen aus den Großstädten herausströmen, ist ungeheuer, und es ist wohl eine wichtige Frage, ob diese vielen, die nach den Mühen und Plagen der Woche Erholung und Erfrischung an diesem freien Tage suchen, ihre Aufstellungen auch richtig anwenden und wirklich gekräftigt zur neuen Arbeit heimkehren. Ein Arzt, der sich viel mit diesem Problem beschäftigt hat, nennt als den größten Irrtum, dem sich die Ausflügler hingeben, daß sie zu viel unternehmen. Allzu große Ermüdung macht den gesundheitsfördernden Wert, den der Aufenthalt in freier Luft hat, wieder hinfällig. In dem Bestreben, den freien Tag möglichst inhaltsreich zuzubringen, nutzt man sich überhaupt zuviel aus. Der eine läuft ein paar Kilometer zu weit spazieren, der andre spielt zuviel Fußball, der dritte gibt sich allzu eifrig der Gartenarbeit hin. Der Wert des freien Tages liegt aber vor allem darin, daß man dem Körper Ruhe gibt, einen vollkommenen Wechsel der Beschäftigung vornimmt und für neue Eindrücke sorgt. Vom hygienischen Standpunkt aus wäre also das Programm für den freien Tag folgendermaßen aufzustellen: Man geht am Abend zwei Stunden früher als sonst zu Bett und steht am andern Morgen eine Stunde später als gewöhnlich auf; dadurch wird den Körper- und Nervenzellen Gelegenheit zur Kräftigung gewährt. Dann soll man bedenken, daß Sigen im Freien den Nutzen der frischen Luft ebenso vermittelt wie Wandern, und der Geist ruht sich bei einem solchen idyllischen Hindringen des freien Tages am besten aus. Ein solches Programm hält auch von allem Lärm, Staub, Drängen des sonntäglichen Ausflüglerstroms fern und tut auch dem Geldbeutel gut. Mit diesen Ausführungen ist natürlich dem „Drang ins Freie“ und der Liebe zum Sport, die im Großstädter leben, nicht Einhalt getan worden; es wird nur vor Auswüchsen gewarnt, wie sie im Niesenbetrieb des allsonntäglichen Verkehrs nicht selten zu beobachten sind.

Der unschuldige Jacobi.

Zu der auch von uns wiedergegebenen Mitteilung, daß eine Anzahl Werber für ein Freikorps Brandenburg von der Magdeburger Sicherheitspolizei festgenommen, aber auf Verlangen des früheren konservativen Landrats und Abgeordneten, jetzigen Geheimrats im Reichsministerium des Innern, von Jacobi, wieder freigelassen werden mußten, muß jetzt Wolffs Bureau eine Art Richtigstellung verbreiten.

Danach hatte der Leutnant Schmidt bei dem Reichsministerium des Innern Beschwerde über seine Inanspruchnahme geführt. Dem hierüber erstatteten Bericht des Regierungskommissars in Magdeburg lag ein Befehl der Reichswehrbrigade 31, Abteilung 1, bei, daß Schmidt dem Bataillon Brandenburg angehört und daher freizulassen sei. Gleichzeitig mit dem Bericht des Regierungskommissars ging ein Schreiben des Reichswehrministeriums beim Reichsministerium des Innern ein, in dem das Verlangen gestellt wurde, alle Persönlichkeiten, die sich als Angehörige der Reichswehr ausweisen könnten, unterzüglich freizulassen und nur beim Verdacht strafbarer Handlungen dem Gericht des Wehrkreiskommandos zuzuführen.

Zediglich auf Grund dieser Unterlagen habe Jacobi telephonisch Anweisung nach Magdeburg gegeben, und zwar „im vollen Einverständnis mit seinem Dienstvorgesetzten“. Es wird also offiziell bestritten, daß beschrifteten werden soll. Festgenommene Werber für ein Freikorps werden als Angehörige der Reichswehr reklamiert und dann ihre Freilassung erzwungen. Das zeigt ja gerade die völlige Willkür unserer Zustände, die behauptet wurde und hier bestätigt wird.

— Arbeiter-Zentralbibliothek. Zwecks Bestandsaufnahme bleibt die Bücherbestimmungsgegenstand im Juli geschlossen. Sämtliche entliehenen Bücher müssen spätestens am 30. Juni zurückgebracht sein. In der Zeit vom 24. bis 30. Juni werden wochentags von 12 bis 7 Uhr Bücher nur noch zurückgenommen, jedoch nicht mehr ausgeteilt.

An unsere Beziesher!

Die unterzeichneten Verlage der Magdeburger Zeitungen aller politischen Richtungen sind leider wiederum — hoffentlich das letztmal — vor die zwingende Notwendigkeit gestellt, ihre unter den jetzigen Verhältnissen vollkommen unzulänglichen Verkaufspreise mit Beginn des neuen Vierteljahres und zwar, an dem selbsterhellen Bezugspreise gemessen, nicht unbeträchtlich zu erhöhen. Sie bleiben damit noch immer unter der Grenze, die sie sich setzen müßten, wenn sie das wirtschaftliche Gedeihen ihrer Unternehmungen in die erste Reihe stellen würden. Die Verlage aller auswärtigen Zeitungen sind zum überwiegenden Teile den unvermeidlichen Weg der Bezugspreiserhöhung schon vor Monaten und in weit schmerzlicherem Tempo gegangen, als es auch jetzt noch von den Magdeburger Verlagen beabsichtigt ist.

Um der Leserschaft ein Bild der Lage zu geben, in der sich die Verlage befinden, soll nur an zwei Beispielen die ungeheure Verteuerung der wichtigsten Druckerzeignisse, Papier und Farbe, gezeigt werden. Papier kostete vor dem Kriege etwa

20 Pfennig

das Kilo; im Jahre 1919 betrug der Preis: Juni 100 Pf., September 130 Pf., Dezember 200 Pf.; in diesem Jahre: Januar 205 Pf., März 340 Pf., seit 1. Mai

410 Pfennig.

Es ist also seit 1914 eine mehr als zwanzigfache Verteuerung eingetreten. Dazu kommt die ungeheure Erhöhung der Transportkosten.

Druckfarbe kostete vor dem Kriege

40 Pfennig

das Kilo, welcher Preis sich bis Ende 1919 in fortgesetzten kleinen Sprüngen auf 280 Pf. erhöhte. Im laufenden Jahre beträgt der Preis: Januar 350 Pf., März 780 Pf., während seit Mai der geforderte und notwendigerweise zu bezahlende Preis auf nicht weniger als

1100 Pfennig = 11 Mark das Kilo — auf das rund achtundzwanzigfache des Preises vor dem Kriege — gestiegen ist.

Nebenbei soll erwähnt werden, daß alle sonstigen sachlichen Kosten für Stereotypmetalle, Oele, Drucktücher, Kraft, Licht, besonders für Porto, Telegramm- und Telephongebühren ungeheuer geklettert sind, wie auch die persönlichen Lasten durch Herausrechnung von Löhnen und Gehältern eine recht beträchtliche Erhöhung erfahren haben.

Die Verlage sehen bei ihrer Leserschaft voraus, daß sie die Gründe, die zur Herausrechnung der Bezugspreise unweigerlich zwingen, als zutreffend anerkennen werden. Sie richten demgemäß das höchste Gesuchen an ihre Beziesher, sich mit der Erhöhung abzufinden und den Bezug ihrer Zeitung, die ihnen — unter Auswendung großer materieller Mittel — den gewohnten Lesestoff bringt, fortzusetzen.

Sollten die Zeitverhältnisse über kurz oder lang eine Verringerung der Zeitung und somit eine Verminderung der Herstellungskosten bringen, werden die Verlage nicht säumen, eine Ermäßigung der Bezugspreise wiederum eintreten zu lassen.

Magdeburg, im Juni 1920.

Verlag des Magdeburger General-Anzeigers

(Magdeburger Tageblatt — Central-Anzeiger)

Verlag der Magdeburger Tageszeitung

Verlag der Magdeburger Volkszeitung

Verlag der Magdeburgischen Zeitung

Verlag der Volksstimme.

Unter Bezugnahme auf obige gemeinsame Erklärung bitten wir unsere Leser, davon Kenntnis zu nehmen, daß der Bezugspreis für die „Volksstimme“ vom 1. Juli an frei Haus

6.00 Mark monatlich

betragen wird.

Verlag Volksstimme.

— Subiel Schuhe — das Volk geht hart. In Wirmasens haben sämtliche Schuhfabriken ihren Betrieb eingestellt, weil ihre Lager überfüllt sind und nach Ansicht der Unternehmer keine Hoffnung auf einen Verkauf besteht. In der Sitzung des Wirtschaftsrats beim Reichswirtschaftsministerium erklärte am 10. Juni Dr. Ehrlich über die Lage in Wirmasens, er könnte feststellen, daß tatsächlich eine solche Überproduktion stattgefunden habe, daß an ein Absetzen der riesigen Lager unter den jetzigen Verhältnissen unter keinen Umständen zu denken war. Die Bankrotte der Fabrikanten sind vollständig erschöpft. Die Arbeitslosenunterstützungen für die etwa 9000 fernenden Arbeiter betragen allein 5 bis 5 1/2 Millionen Mark monatlich, wozu noch eine von den Unternehmern freiwillig gewährte Unterstützung in Gestalt lastenmäßig begahlter Urlaubslage hinzukommt. Während die Fabrikanten ihre Betriebe weiter arbeiten lassen, so wären die Arbeitslosen namentlich bei einem weiteren Preissturz aber noch unverhältnismäßig größer als diese Unterstützung.

Als vorläufige Regelung hat man in Aussicht genommen, die schon fertiggestellten größeren Posten Schuhwaren abzunehmen und zu billigen Preisen an die Gemeinden, Konsumvereine usw. abzugeben. Die Finanzierung würde unter Mitwirkung aller beteiligten Instanzen, auch unter Heranziehung der Mittel der produktiven Erwerbslosenfürsorge geregelt werden. Die in Aussicht genommenen Abgabepreise der Fabriken für Herrenstricksocken mit 120 bis 125 Mark für jedes Paar, für geringere Qualitäten wesentlich billiger, würden eine entsprechend billigere Abgabe durch Gemeinden und Konsumvereine ermöglichen und auch auf das allgemeine Preisniveau für Schuhe eine Einwirkung ausüben. Die Fabrikanten verpflichten sich, sobald die Aufträge erteilt sind, gleiche Mengen sofort in Arbeit zu geben, um ein längeres Stilllegen der Betriebe zu vermeiden.

Hier wird durch ein glänzendes Beispiel die Planlosigkeit und der Widerstand kapitalistischer Wirtschaft illustriert. Die Lager sind überfüllt, aber es mangelt dem Volk an Schuhen. Die Arbeiter der Schuhfabriken haben keine Arbeit, müssen Erwerbslosenunterstützung beziehen, weil sie derartige Mengen Schuhe herstellen, daß an ein Absetzen unter den jetzigen Verhältnissen nicht zu denken ist. Der Überfluß wird zur Ursache der Not. Nun muß der Staat eingreifen und Ausgleich zu schaffen suchen. Wenn die Sozialdemokraten verlangen, daß in Produktion und Verteilung Planmäßigkeit und Ordnung gebracht werden soll, dann sind das für die Anhänger der ungeführten kapitalistischen Wirtschaft Utopisterei. Weniger als Utopisterei ist der Glaube, daß sich die kapitalistische Anarchie dauernd aufrecht erhalten lasse.

— Die 13. Sitzung der Stadtverordneten findet am Donnerstag nachmittags 4 1/2 Uhr im Altkämmererhaus statt. Die Tagesordnung umfaßt 63 Punkte. Neben zumeist kleinen Vorläufen kommt die Vorlage über Einrichtung der Berufsberatung und Stellenvermittlung zur Verhandlung. Weiter wird beraten werden über Erhöhung des allgemeinen Tarifs für Kraftstrom, Erhöhung der Lohnsätze der bei der Gartenverwaltung beschäftigten Rotlandarbeiter, Abschluß eines Tarifvertrags mit den Bureauhilfsangehörigen. Auf der Tagesordnung stehen weiter eine ganze Reihe von Haushaltsplänen, Wahlen und Anstellungen.

— Erhöhung des allgemeinen Tarifs für Kraftstrom. Die unmittelbaren Herstellungskosten für elektrische Arbeit, die seit der Kriegszeit bedeutend gestiegen sind, sollen durch prozentuale Teuerungszuschläge auf die Strompreise ausgeglichen werden. Dies wird jedoch bei dem großen Unterschied zwischen dem Lichtstrompreis von 45 Pfennig und dem Kraftstrompreis von 18 Pfennig für die Kilowattstunde auf die Dauer nicht errikt. Dadurch, daß die Kraftstrompreise nicht mehr von Vierteljahr zu Vierteljahr, sondern jetzt von Monat zu Monat ansteigen, hat sich bei der bestehenden Teuerungshaut der Nachteil ereignet, daß die Stadt Magdeburg mit den Strompreiserhöhungen nachhinkt. Die Strompreise sind daher im Vergleich mit andern Werken ungewöhnlich niedrig. So beträgt vom 1. April d. J. an unter Preis für Lichtstrom 1,50 Mark und für Kraftstrom 60 Pfennig für die Kilowattstunde, während bei den meisten andern Werken gegenwärtig der Lichtstrompreis etwa 2,50 Mark und der Kraftstrompreis etwa 1,50 bis 2,00 Mark für die Kilowattstunde beträgt. Von einer Erhöhung des Lichtstromtarifs will der Magistrat noch absehen. Dagegen hat er beschlossen, den allgemeinen Tarif für Kraftstrom mit Wirkung vom 1. April 1920 an (ausschließlich Teuerungszuschlag) wie folgt zu ändern: Der Grundpreis beträgt 30 Pfennig für eine Kilowattstunde, der Mehrverbrauch in einem Jahr über 2000 bis 4000 Kilowattstunden je 25 Pfennig, über 4000 bis 10000 Kilowattstunden je 20 Pfennig, über 10000 Kilowattstunden 18 Pfennig. Die Stadtverordneten werden sich am Donnerstag mit der Vorlage beschäftigen.

— Der Zentralbildungsausschuß der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, Berlin SW 93, Lindenstraße 3, erläßt die Orts- und Bezirksbildungsausschüsse um eingehende Mitbestimmung der Reichsleitung für das vergangene Geschäftsjahr, soweit dies noch nicht geschehen ist. Ferner wird darauf aufmerksam gemacht, daß die Reichsleitung für die neue Monatsschrift, die „Arbeit und Bildung“, baldigst zurückgefordert werden müssen. Ebenso muß die Bestellung der Post rechtzeitig erfolgen, da sonst die Gewähr für die pünktliche Lieferung der Schrift nicht übernommen werden kann.

— Einrichtung der Berufsberatung und Stellenvermittlung im Anschluß an das Arbeitsamt. Die Stadtverordnetenversammlung hat in der Sitzung vom 8. April 1920 den Antrag des Magistrats, die Einrichtung der Berufsberatung und Stellenvermittlung im Anschluß an das städtische Wohlfahrtsamt vorzunehmen, abgelehnt und beschlossen, die Angelegenheit an das Arbeitsamt zu verlegen zu lassen. Trotz grundsätzlicher Bedenken hat der Magistrat dem Beschluß der Stadtverordnetenversammlung seine Zustimmung erteilt.

— Einschränkung des Stellenwechsels ausländischer Wanderarbeiter. Wie und das Landesarbeitsamt Sachsen-Anhalt mittels Verbot eine unter dem 26. Mai dieses Jahres erlassene Verordnung des Reichsamts für Arbeitvermittlung gewerblich tätigen Stellenvermittlern jede Tätigkeit zur Vermittlung ausländischer Wanderarbeiter. Zuwanderungen in mit hoher Geschwindigkeit. Desgleichen ist unter Bedrohung gestellt, was zum Zwecke des Eingehens eines neuen Dienstverhältnisses solcher Wanderarbeiter im eignen Betriebe oder in dem des begünstigten Arbeitgebers die Ablösung eines bereits bestehenden Dienstverhältnisses herbeiführt.

— Abschluß eines Tarifs für die Hilfsangehörigen des Magistrats. Die wegen des Abschlusses eines neuen Tarifvertrags mit den Vertretern der Hilfsangehörigen des Magistrats und ihren Organisationen gepflogenen Verhandlungen sind erst jetzt zum Abschluß gekommen. Die Vollversammlung der Hilfsangehörigen hat allerdings dem Magistrat noch um Berücksichtigung einzelner Wünsche ersucht, die Annahme des Vertrags jedoch davon nicht abhängig gemacht. Der neue Tarifvertrag enthält Verbesserungen für die Angehörigen, im besonderen hinsichtlich des Urlaubs, der Fortzahlung des Gehalts bei einer mit Erwerbsunfähigkeit verbundenen Krankheit und der Gewährung eines Sterbegebühres. Die den Angestellten nach dem Betriebsrätegesetz zustehenden Rechte sind in dem Vertrag berücksichtigt worden. Während nach dem bisherigen Tarifvertrag die Bezahlung sämtlicher Hilfsangehörigen lediglich nach dem Alter, ohne Rücksicht auf die Art der Beschäftigung erfolgte, sind durch den neuen Tarifvertrag drei Beschäftigungsgruppen gebildet und nur für die Gruppe I Altersgruppen beibehalten worden. Dem Bestreben der weiblichen Angestellten, bei gleichen Leistungen dieselbe Bezahlung zu erhalten wie die männlichen, ist insofern Rechnung getragen worden, als der in dem bisherigen Tarifvertrag bzw. in dem Zusatzvertrag vom 27. Januar 1920 bestehende große Unterschied zwischen den Gehaltsstufen der männlichen und weiblichen Angestellten ganz erheblich verringert worden ist. Die nach den bisherigen Gehaltsstufen gezahlten Gehälter verursachten eine jährliche Gesamtausgabe von rund 5 1/2 Millionen Mark. Durch die vom 1. Mai 1920 ab eintretende Gehaltserhöhung erhöht sich die Gesamtausgabe auf rund 9 1/2 Millionen Mark. Die Mehrkosten betragen hierauf rund 4 Millionen Mark. Die Stadtverordneten werden am Donnerstag dazu Stellung nehmen.

— Dringende Warnung vor vorzeitiger Auswanderung. In Hamburg treffen in den letzten Tagen größere und kleinere Trupps mittelalter Auswanderer ein, die als Freipassagiere nach Brasilien wollen. Da eine solche Schiffabreise Gelegenheit weder jetzt noch in absehbarer Zeit vorhanden ist, stehen diese Leute dort ohne Obdach und Verdienstmöglichkeit, fallen den Behörden zur Last und haben ihre Zurückbekehrung in die Heimat zu verzögern. Es kann nicht dringender genug betont werden, nach den Gefahren abzuweichen, bevor die Abfahrt mit den bestmöglichen Stellen genau vereinbart ist. In Zweifelsfällen empfiehlt sich eine vorherige schriftliche Anfrage bei den behördlichen Auskunftsstellen.

— Von der Magdeburger Vorortbahngesellschaft. Im Bericht über das achte Geschäftsjahr wird mitgeteilt, daß mit dem Beginn des nunmehr abgeschlossenen Jahres die Bauarbeiten auf der Strecke und auf dem Betriebsbahnhof aufzuheben und nach Kräften aufzuhalten sind. Infolge der wirtschaftlichen Zustände sind alle Arbeiten auf außerordentliche Schwierigkeiten gestoßen. Einmal konnten die erforderlichen Baumaterialien weder rechtzeitig noch in genügender Menge angeliefert werden. Verlust wurden im Berichtsjahre im Stadteil Budau 269,95 Meter Doppelgleis und im Stadteil Westerbühl 1455,98 Meter Doppelgleis und 30 Meter Einfachgleis. Auf dem Betriebsbahnhof ist die Wagenhalle im Rohbau fertiggestellt und mit dem Bau des Umformwerks ist begonnen worden. Bei den im Berichtsjahre geleisteten Arbeiten für Material und Löhne war es der Gesellschaft nicht möglich, mit den zur Verfügung stehenden Mitteln auszukommen. Es sind daher Verhandlungen mit der Stadtgemeinde Magdeburg über die Gewährung eines Darlehens von circa 3 Millionen Mark eingeleitet.

— Vereingefallen. Zu dieser Notiz bemerke ich, daß ich nur den Verkauf vermittelt habe und an dem Betrug keinerlei Anteil habe da ich selbst davon nichts gewußt, daß es Stäufferer Produkt gewesen ist anstatt Zucker. Der Zucker wurde mir von Duda angeboten, ich habe ihn dem Kaufmann vermittelt. Willi Göttert, Telephonist.

— Festsetzung der Eintrittspreise zu den Konzerten in den städtischen Gartenlokalen. Die Stadtverordneten-Versammlung hat sich damit einverstanden erklärt, daß die Eintrittspreise zu den während des Sommers in den städtischen Gartenlokalen zu veranstaltenden Konzerten, und zwar für die Sonntagkonzerte auf 45 Pf., und für die Wochenkonzerte auf 75 Pf., festgelegt werden. Ausgenommen hiervon sollten nur die im Herrentag zu veranstaltenden Sonntagkonzerte sein; für diese sollte der frühere Eintrittspreis von 20 Pf., bestehen bleiben. Die Kommission zur Festsetzung der Eintrittspreise zu den Konzerten in den städtischen Gartenlokalen, deren Bildung in derselben Sitzung beschloffen worden war, hat beschloffen, auch für den Herrentag den Eintrittspreis zu den Sonntagkonzerten auf 45 Pf. festzusetzen. Der Magistrat ist diesem Beschlusse mit Rücksicht darauf, daß es sich empfiehlt, die Eintrittspreise in sämtlichen Lokalen einheitlich zu gestalten, beigetreten. Die Stadtverordneten werden ebenfalls um Zustimmung ersucht.

— Städtische Bibliothek. Anfolge der starken Preissteigerung für Bücher und Buchdruckerarbeiten können die Bücher der städtischen Bibliothek nicht mehr unentgeltlich ausgeliehen werden. Es werden daher von jetzt an Gebühren erhoben. Sie betragen für 1 Jahr, vom Tage der Bezahlung an gerechnet: in der Stadtbibliothek (Saupf. 4) 10 Mark in der Volkshochschule Nordfront (Rötelstraße 5), Wilhelmstadt (Stettiner Straße 13), Budau (Feldstraße 5) und Neudorf (Hamburger Straße 11) 5 Mark für die Leskarte. Wer nur vorübergehend ein Buch zu entleihen wünscht, hat für eine solche Eingangsleistung in der Stadtbibliothek eine Gebühr von 20 Pf., in den Volkshochschulen eine solche von 10 Pf., für den Band zu entrichten.

— Anträge an Abwicklungsstellen. Da die Truppenabwicklungsstellen zum 1. Oktober 1920 aufgelöst werden, so ist es angelegentlich, sämtliche Anliegen (wie Anfordern von Personalpapieren usw.) spätestens bis zum 1. August 1920 bei der zuständigen Abwicklungsstelle anzubringen, da nach diesem Zeitpunkt auf baldige Erledigung nicht mehr zu rechnen ist.

— Großfeuer. Von einem größeren Dachstuhlbrand wurde am Sonnabend in den Abendstunden das Haus Werderstraße 1 betroffen. Kurz nach 9 Uhr bemerkten die Bewohner des Vorderhauses, wie aus dem Dachstuhl des Seitengebäudes, dort wo dieser rechts von dem Hintergebäude abliegt, Rauch und Flammen hervorbrangen. Dem glücklichen Umstande, daß drei Blöcke der alarmierten Feuerwehreinheit fast gleichzeitig auf der Brandstelle eintrafen, war es zu danken, daß die Blöcke eintraten sehr schnelle Erfolge zeigten. Wohl hatte sich der Brand bis zum Eintreffen der Feuerwehr auf den am Dachstuhl des Seitengebäudes ausgebreitet, starke Rauchwolken drangen auch schon aus dem Dachstuhl des Vorderhauses heraus, doch gelang es durch Angriff mit vier Schlauchleitungen, den Brand nach 1/2 stündiger Tätigkeit auf den vorgefundnen Herd zu beschränken, Vorder- und Hintergebäude blieben von Feuer verschont. Die beim Eintreffen der Feuerwehr von Hausbewohnern gemachte Meldung, daß sich in einer vom Feuer am stärksten bedrohten Wohnung des Vordergebäudes noch Menschen befänden, bewahrheitete sich glücklicherweise nicht. Die Entstehungsurache des Brandes, der bereits längere Zeit unbeeachtet unter dem sehr guten Ziegeldach gewirkt hatte, konnte nicht festgestellt werden. Ordnung- und Sicherheitspolizei haben durch schnelle Abscherrungsmaßnahmen die ungesicherte Arbeit der Feuerwehr gut unterstützt.

— Der Raubmord in der Eberdorfer Straße. Zu dem Raubmord an dem Kaufmann Bruno Fiedert wurde noch bekannt, daß die gekochte Frauensperson mit großem roten Hut sich am 1. Pfingstfesttag gegen mittag in der Eberdorfer Straße 62 — Ecke Kaiser-Friedrich-Straße — aufgehalten und mehrere Kugeln erhalten hat. Auch in den Nachmittagsstunden wurde sie im Garten dieses Lokals bemerkt, von wo sie wahrscheinlich die Eberdorfer Straße beobachtet hat. An diesem Tage mittags gegen 12 Uhr wurde die Frauensperson von einem Mann aus genanntem Lokal abgeholt, von wo beide die Eberdorfer Straße in Richtung auf Eberdorf zu gingen. Am Ausgang der Stadt betrat nur die Frau die Gastwirtschaft von Berndt und benutzte hier den Fernsprecher. Ueber den weiteren Verbleib dieses Paares ist bisher nichts bekannt geworden. Der unbekannt Mann schien etwa 20 bis 30 Jahre alt zu sein, war schlank gebaut und von mittelgroßer Statur und hatte ein schmales Gesicht. Er war bekleidet mit Cutaway, gestreifter Hose und schwarzen Schuhen. Ueber den Arm trug er einen hellen Lederriemen. Aufgefallen sind bei dem Manne die krummen Haare unterhalb der Krone und seine schiefen Absätze. Jengen, die über dieses Paar weitere Wahrnehmungen gemacht haben, wollen sich bei der Kriminalpolizei, Zimmer 61, melden.

— Viehdiebstahl. In Wollentzen sind in der Nacht zum 11. d. M. drei Bullen entwendet worden. In derselben Nacht passierte ein mittelgroßes Dackauto mit der Nr. I M 1021 oder 1041 in scharfem Tempo C o l b i z in der Richtung nach Magdeburg. Das Auto war mit einer großen Kiste, die mit einer Plane zugedeckt war, beladen. Es hielt auf Anruf nicht. Es wird vermutet, daß sich in der Kiste das Vieh der gestohlenen Bullen befand. Personen, die hierzu Angaben machen können, werden gebeten, sich bei der Kriminalpolizei, Zimmer 66, zu melden.

— Gestohlener Dosenkoff. Bei der Kriminalpolizei befinden sich drei Dosen gestohlener Dosenkoff, die am 11. d. M. vor dem Hause Beuamonstraße 23 zwei Männern abgenommen worden sind. Diese Männer ergriffen beim Gehen von Polizeibeamten die Flucht. Einer von ihnen, der Kaufmann Werner Stahmann, Umfassungstraße 30, wurde ergriffen und festgenommen, bezweigte aber die Angaben über die Herkunft des Stoffes. Letzterer ist wahrscheinlich gestohlen. Etwa Beschlagnahme wollen sich bei der Kriminalpolizei, Zimmer 61, melden.

Der Schandfleck.

Roman von Ludw. K. Angenruber.
(84. Fortsetzung.)

Es war ein einziger Blick, den Bürgerl. vom Fußende des Bettes, ihrem Vater zuwarf, der diesen veranlaßte, hinzuzuspringen. Er sah das zusammenbrechende Weib in seinen Armen auf.
Er sah die Bewußtlose auf einen Stuhl. Bürgerl. drängte ihn weg. „Laß mich, Vater!“ Sie begann Denis Stirn und Schläfen mit Fingern zu waschen. „Sie war die Nächste dazu,“ sagte sie unterdem, „ihm die Augen zuzuwenden, man darf aber damit nicht warten, heißt es, so will ich es an ihrer Stell tun. Wirst Du so gut sein, Vater, und 'n armen Kind wieder herüberlegen?“
Der Bauer legte den Toten zurecht. „Er hat die Augen ohnehin fest zu. Er liegt wie schlafend.“
Als Kasper vom Bette zurücktrat, ging Sepherl hinzu und falkete die Hände des Erfaltenden.
Reni kam wieder zu sich. Sie hielt Bürgerl. die ihr mit Tränen in den Augen um den Hals gefallen war, vor sich auf dem Schoß und so eng aneinandergeschmiegt, schluchzten beide, bis Kasper bestimmet herzutrat und das Weib über das Köpfchen seines Kindes hinweg ihm die bebende Hand reichte. Bürgerl. hauchte in die Schürze und trocknete der Mutter die Augen, dann wies sie nach dem Bette. „Er schläft, der Sohn, schon, wie er schläft!“
Sie führte Reni, die sich wie ein Kind leiten ließ, einige Schritte gegen das Sterbelager, da knieten beide nieder und sprachen halblaut ein Gebet, und als das Amen verhallt war, erhob sich Bürgerl. und sagte: „Vater, jetzt führt d' Mutter hinweg!“
„Ich kann nit fort,“ widersproch diese.
„Du kannst ihn ja noch sehen, später,“ tröstete Bürgerl. und half ihr vom Boden auf.
Die Bäuerin stand unschlüssig. „Wer wird bei ihm waschen?“ fragte sie leise.
„Ich und die Sepherl,“ gab Bürgerl. entschieden zur Antwort.
„Komm, komm, mein arms Weib,“ drängte Kasper, „laß

uns gehen.“ Und sie folgte ihm aus der Stube. In der Schwelle blühte sie noch einmal leuchtend Auges zurück, und als Bürgerl. die Tür schloß, da sank sie an die Brust des Mannes und stöhnte: „O, Kasper! Wie weh das tut! Wenn ich ihn nur einen einzigen Tag länger behalten hätte!“ — Grad jetzt, wo er's hätte zuhaben können!“
Und da fand Kasper das erlösende Wort, das den wilden Krampf brachen und dem Schmerz seine Heiligkeit wahren sollte. Er holte es aus dem eignen Herzen heraus. „Schau, Reni,“ jagte er weich, „wieviel härter war's, wenn der alte Mann nit a'wascht hätte, wie wir's mit ihm meinen, so hat sich's noch rechtig' g'schikt, daß er davon erfährt, das war sein lecht's Erlebnis, sein letztes Freuen, und in dem is er hinüber.“
Nachdem Bürgerl. die Tür des Sterbezimmers geschlossen, suchte sie aus einer Lade ein Gebetbuch hervor und blätterte darin nach den Gebeten für die Verstorbnen.
„Aber, Bürgerl, Du wirst doch nit wirklich da beim Toten bleiben wollen?“ fragte erstaunt die alte Sepherl.
„Ich werd' bleiben.“
Bürgerl. setzte sich zu Häupten und Sepherl an das Fußende des Bettes und beide begannen gemeinsam zu beten. Das Mädchen las die Gebete mit halblauter Stimme, die alte Magd murmelte sie Wort für Wort aus dem Gedächtnis. Die beiden Stimmen, die Kelle gebämht und die tiefe Klanglos, erfüllten den kleinen Raum mit einem schwirrenden Gesumme, das bei Stellen dringender Anrufung und kräftiger Bitte sich etwa um einen Ton erhöhte, aber immer gleichförmig und einschläfernd fortwährte.
Bürgerl. ermüdete zuerst und ließ die Hand mit dem Buche in den Schoß sinken, bald aber machte die vollkommene Stille, die eingetretet war, sie aufblenden, und sie sah Sepherl, die eine Weile eifrig weiter gebetet hatte, schlummernd sitzen. Sie weckte sie nicht.
Sie war mit dem Toten allein.
Er lag wie in tiefem Schlafe.
Sie rührte leise mit einem Finger an seine Hände, die waren kalt und starr.
Gestern noch weh und freudig bewegt, müde gehebt vom Herzleid, der Freude gegenüber wie ein beschückertes Kind,

das, vom Weihnachtsbaum gebendet, nicht zuzulangen traut, heut über Sie und Freude hinweg!
Alle Wohlwilligkeit der Welt würde umsonst an dem Betttragen rütteln, auf dem er da liegt, die rauhen Hände über der eingesunkenen Brust gefaltet.
„Ich kann nichts an.“
Bürgerl. sagte alles Vertrauen zu dem stillen Manne. Vermöchte er den Mund aufzutun, er hätte keine Schrecken auszusagen, so ruhig sah das bleiche Angesicht, so friedlich.
Mit dem Köpfchen auf den über der Stuhllehne gestreckten Armen ruhend, sah das junge Mädchen lange in dem Hinblick des Toten versunken.
Sie wandte sich erst ab, als Dritte, die auf der Treppe hörbar wurden, Sepherl aus dem Schlafe schreckten. Glücke vom Gefinde, das von der Arbeit heimgekehrt war, kamen herauf, um die Totenwache mitzuführen. Sie begannen zu beten und mehrstimmig Lieder zu singen. Die meisten der Sänge waren den religiösen Anschauungen angepaßt, doch kam auch manchmal ein Lied an die Reihe, das von der Ergebung in Gottes Mitleid und der Verheißung des ewigen Lebens abhah und in ungesungen Worten, aber desto ergreifender, die Sinnlosigkeit des Menschen und die Vergänglichkeit alles Irdischen beklagte. Es waren dies auch Trostlieder in ihrer Art, denn der Ausblick auf das unabwendbare, allgemeine Verderben stumpft den Schmerz über den einzelnen Fall. Wechseltlang den schwermütigen Weisen in die stille Nacht hinaus.
Früh, im Morgengrauen, rasselte ein Wagen in den Hof. Geimer war zurückgekehrt. Als der Doktor, geleitet von dem ernst schlendnenden Bauer und der weinenden Bäuerin, in die Stube trat, schlief Bürgerl. hinaus.
Es trieb sie ins Freie.
Als sie die Treppe hinunterstieg, trat sie kräftig auf und schwenkte die Arme, da ihr gektren, als sie der erste Schreck fast sinnlos machte, weder Hand noch Fuß verlagte, adyete sie sich des Siedtums ledig und frommen Glaubens so sie darin die Vergeltung für ihr treues Ausharren bei dem Sterbenden und dem stillen Toten.
Leicht erchauern in dem kühlen Winde, der mit bergübsten Blättern sein Spiel trieb, trat sie hinaus in den frischen Herbstmorgen, heil und kein Kind mehr!
(Schluß folgt.)

